

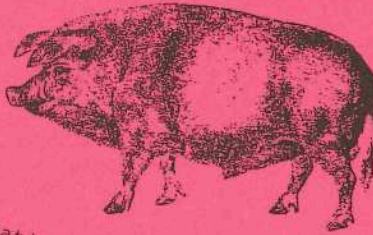
Dezember '91



OUTPUT

Neuer Kaffee-Katalog

Zeitschrift der Erlanger Informatikstudierenden und -Studenten



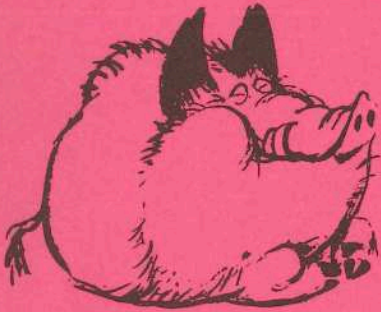
Reorganisation gescheitert



Studienreform abgelehnt



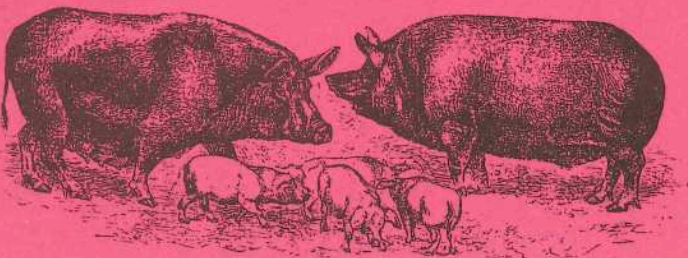
Prüfungsamt stellt sich quer



Bayerisches Hochschulgesetz



BaFöG-Amt



IMPRESSUM

OUTPUT ist die Zeitschrift der Erlanger Informatikstudentinnen und -studenten. Sie wird herausgegeben von der Fachschaftsinitiative Informatik. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:

Claus *Klarik* *Antonia* *Britta* *Illy* *Re. Pelt*
Jochen *Andreas*

V.i.S.d.P: Detlef Kraska, Turnstr. 7, 8520 Erlangen

Datum: **Dezember 1991**

Auflage: **1200**

Druck: Druckladen, Bismarckstraße

INHALT:

Inhaltsverzeichnis

Impressum / Inhalt	2
Editorial	3
AS im Januar?	4
Unser Geschäft - Ihr Untergang	6
Briefkontakt	7
Matheprüfungen	8
Internationale Hochschulvergleiche	9
Fristenlösung!?	12
Es war einmal, vor langer Zeit...	16
ACHTUNG! DFO-Änderung	19
Originale - Kopierexemplare - neue Fragen	20
Frauenrührungsvorlesung	21
Das Projekt	22
Kirche und Sexualität	24
Pressespiegel	26
Erfahrungsbericht zum BAFÖG-Amt in Erlangen	28
FORWISS	30
Von der Verantwortung des Wissenschaftlers	38
Mensa-Schnipsel	43
In letzter Minute...: Maßnahmenkatalog die zweite ...	44

EDITORIAL

Wenn Ihr dieses wunderschöne neue OUTPUT durchgelesen haben werdet, wird Euch vielleicht aufgefallen sein, daß wir zu allen Schweinereien, die auf der Titelseite erwähnt sind, einen oder mehrere Artikel abgedruckt haben. Mit einer Ausnahme: Die Ablehnung der Studienreform. Wie Ihr vielleicht schon wißt, droht das ganze Unternehmen Studienreform daran zu scheitern, daß es offensichtlich unmöglich ist, den lächerlichen Betrag von 50.000 DM pro Jahr für studentische Hilfskräfte aufzubringen. Die notwendige Rechnerausstattung ließe sich dagegen ohne größere Probleme beschaffen (zur Not läßt die Universität sie sich von einer großen Erlanger Kühlschranksfirma, die auch Computer baut, schenken). Genau dieser Pferdefuß - nämlich die 50.000 DM - waren der Grund für die Ablehnung der längst überfälligen Reform durch das Ministerium in München. Statt dessen soll hier offensichtlich bis zum St. Nimmerleinstag mit einem inzwischen 20 Jahre alten Lehrplan weitergelehrt werden.

Um die Lücke nun doch zu schließen, wird nun darüber nachgedacht, die zusätzlichen Übungen im Grundstudium durch AssistentInnen halten zu lassen. Dies führt dann natürlich dazu, daß erheblich weniger kleine Vorlesungen im Hauptstudium angeboten werden können...

Und zu schlechter Letzt erreichte uns noch folgende Katastrophenmeldung: Durch das Absinken der AnfängerInnenzahl konnte das Ministerium die Überlast so weit herunterrechnen, daß ab sofort die Überlaststellen nicht wieder besetzt werden, wenn die Verträge auslaufen.

Wiedereinmal versucht das Ministerium per Salamtaktik Geld zu sparen. Und wiederum sind es die StudentInnen, die den Kopf hinhalten müssen. Wer seinen/ihren Kopf dagegen lieber zum Denken verwenden möchte, sollte sich bei Zeiten mit diesen Problemen beschäftigen.

Eure FSI Informatik

Neulich im Prüfungsamt

oder

Unser Geschäft - Ihr Untergang

Das Prüfungsamt ist die Verbindung des Prüfungsausschusses zur Außenwelt, eine Verwaltungsbehörde. Es nimmt Anträge jeder Art (z.B. auf Zulassung zur Prüfung) an den Prüfungsausschuß entgegen und leitet diese mit einem Eingangsstempel vesehen an diesen weiter. Unmittelbar nach der nächsten Prüfungsausschußsitzung, in der besagte Anträge behandelt wurden, bringt das Prüfungsamt das Ergebnis dieser Sitzung in maschinengetippte Form und verschickt diese Bescheide an die entsprechenden AntragstellerInnen.

Ferner ist das Prüfungsamt in der Lage, Auskünfte über das BHG, aktuelle Prüfungsordnungen, deren letzte Änderungen und über Studienabschlußförderungen im Sinne des BAFÖG zu geben.

Als besonderen Service füllt es die für eine BAFÖG-Weiterförderung notwendigen Studienbescheinigungen aus.

Aber

Erstens kommt es anders und Zweitens als mensch denkt.

Es soll tatsächlich Leute geben, die ganz andere Dinge aus dem Prüfungsamt der technischen Fakultät zu berichten wissen.

Da gibt es eine Person, die einen Antrag an den Prüfungsausschuß stellte, nach 3 Monaten (inoffiziell aus einer hier unwichtigen dunklen Quelle) das Ergebnis kannte und nach weiteren 7 (in Worten: SIEBEN !) Monaten endlich

einen Bescheid vom Prüfungsamt bekam, der ganze zwei und eine halbe Seite lang war. Weil das Ergebnis vorher nicht offiziell bekannt war, verschob diese Person ihre Prüfungen um ein halbes Jahr.

Anträge auf BAFÖG-Weiterförderung sollen bis 31.7. möglichst vollständig beim BAFÖG-Amt sein, weil dieses erst anfängt, diese zu bearbeiten, wenn alle Unterlagen einer Person vollständig sind. Das Prüfungsamt Tech-Fak aber sammelt die Studienbescheinigungen - die übrigens entgegen der Auskunft im BAFÖG-Amt jeder selbst ausfüllen muß und sich dann anhören darf, was alles fehlt oder falsch ist - bis zum 30.9. (!), um diese dann gesammelt weiterzuleiten, mit dem Erfolg, daß das BAFÖG-Amt im Oktober einen irrsinnigen Berg Arbeit damit hat und der endgültige Geldbetrag manchmal erst im Dezember feststeht (bis dahin wird gottseidank der vorher gezahlte Betrag weiter gezahlt).

Auf Anschlägen an den Brettern des Prüfungsamtes wurde die neue Rahmenprüfungsordnung Tech-Fak bekanntgegeben, aber nur die halbe Wahrheit (siehe dazu gesonderter Artikel), obwohl die Zettel Platz genug für die ganze (für die StudentInnen positive) Wahrheit geboten hätten.

usw. usw. etc etc

Die Überschrift zu diesen Zeilen ist übrigens nicht auf unserem Mist gewachsen, sondern steht auf einem Plakat an der Tür zu Prüfungsamt Tech-Fak.

”

Matheprüfungen

Ende Oktober hing plötzlich ein Aushang an Brett des Lehrstuhls "Angewandte Mathematik I" von Herrn Prof. Kirsch.

Hierin schrieb er, daß er wegen Prüfungsüberlastung nur noch diejenigen prüfen will, die auch tatsächlich eine seiner Vorlesungen incl. der dazugehörigen Übung gehört haben. Weiterhin wünscht er, daß die Prüflinge sich vor der Anmeldung mit ihm in Verbindung setzen.

Diese Vorgehensweise fanden wir etwas komisch und besuchten ihn zu einem Gespräch.

Zudem glauben wir, daß die Belastung auch wieder schnell zurückgeht, da sich wohl viele, die ihn aus der Anfängervorlesung kannten und schätzten, für Numerik entschieden und andererseits Wahrheitsrechnung schriftlich ist.

In diesem Gespräch legten wir ihm dar, daß wir die Vorgehensweise nicht für geeignet halten, seine Überlast abzulegen. Es ist niemand gezwungen, eine Veranstaltung zu hören, über die mensch geprüft werden will.

Die Alternative dazu, die er dem Prüfungsamt anbieten könne, sei die Aussage, nur für n Prüflinge zur Verfügung zu stehen und für mehr nicht. Dies sei jedoch für diejenigen, die seine Vorlesung und Übung gehört haben, ungerecht, wenn diese dann daraufhin nicht bei ihm geprüft werden könnten, da n schon erreicht sei.

Er hätte mit dem Prüfungsamt ausgemacht, daß er eine Liste mit Leuten, die sich bei ihm gemeldet (und bei ihm eine Vorlesung gehört) haben, ans Prüfungsamt schickt und dann nur diese als Prüflinge zugewiesen bekommt.

(Wieder einmal das Prüfungsamt: Die Prüfungsordnung schreibt vor, daß der Prüfungsausschuß die Prüfer vergibt.)

Er ist nicht der einzige, der z.B. Numerik prüfen kann und auch eine entsprechende Veranstaltung anbietet. Es wird jedes Jahr in der Stadt, als Pflichtvorlesung für die

Mathematiker Numerik I und II angeboten, wo es jedermann freisteht dies zu hören, und sich dann dort prüfen zu lassen. Er möchte nicht aus Gründen der Überlast gezwungen werden, wie viele seiner Kollegen nur noch 2 - 3 stündige Veranstaltungen anzubieten. Diese wären dann für Prüfungen nicht mehr so attraktiv.

Als Lösung stellen wir uns vor, daß jedes Semester (jeweils abwechselnde Dozenten) mindestens eine 6-stündige Veranstaltung für die InformatikerInnen angeboten wird. Aber leider war es im letzten Jahr nur Prof. Kirsch, der auch explizit gesagt hat, diese Veranstaltung eignet sich auch gut für InformatikerInnen. Hier sind natürlich auch alle anderen angewandten Mathe-Profes gefordert.

Prof. Kirsch möchte auch weiterhin Veranstaltungen für InformatikerInnen anbieten, da ihm diese Spaß machen und die Informatiker im allgemeinen in Prüfungen gut vorbereitet seien. Dies dürfe allerdings nicht zu einer zu starken Belastung durch Prüfungen führen, da er sich dann in seinem Forschungsfreiraum noch mehr eingengt fühle.

Weiterhin machte er aber auch klar, daß bei Prüfungen natürlich der gesamte Vorlesungstoff und auch der Übungsstoff maßgebend sind, ein existierendes (studentisches) Skript allerdings mit Sicherheit Lücken aufweist.

Zu dem Wunsch, daß die Prüflinge vor der Anmeldung mit dem Prüfer Rücksprache nehmen sollen, ist anzumerken, daß dies in kleineren (nicht so überlasteten) Fächern, wie z.B. auch der Mathematik immer schon Gang und Gebe war und ist.

”

Wieder mal was zur Studienzeitverkürzung: Der (gekürzte) Artikel stammt von Prof. Robert Geipel vom "Bayerischen Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung"(!). Er stellt klar, welche Gründe das z.T. wesentlich niedrigere Alter von StudienabgängerInnen in anderen europäischen Ländern hat. Wir drucken diesen Text nicht, weil wir für Elite-Universitäten oder minderqualifizierte Studienabschlüsse wären - vielmehr zeigt er unserer Meinung nach die Fragwürdigkeit des ganzen Studienzeitverkürzungs-Wahns - speziell dann, wenn er mit Hinweisen auf den europäischen Binnenmarkt und angeblich schlechte Chancen deutscher Akademiker wegen zu hohen Alters begründet wird. Für Interessierte gibt es übrigens eine neue Auflage unseres "Beerdi-gungs-Readers" mit Dokumenten und Fakten - auch zu den Themen Studienreform und Mittelkürzungen - im Fachschaftszimmer.

Internationale Hochschulvergleiche

- Erfahrungen und Probleme -



[...] In der hochschulpolitischen Diskussion in der Bundesrepublik wird den Universitäten vorgeworfen, an ihnen werde zu lange studiert, und sie entließen ihre Studenten erst zu einem Zeitpunkt in das Berufsleben, zu dem die individuelle Kreativität bereits nachgelassen hätte. Dies sei ein schwerer Nachteil, wenn einmal nach 1992 der gemeinsame EG-Binnenmarkt bestehe. Das hohe durchschnittliche Absolventenalter in der Bundesrepublik von über 27 Jahren gegenüber 23 bis 24 Jahren in England und 26 Jahren in Frankreich kann aber - ganz abgesehen von der Problematik, daß man hier recht leichtfertig mit Durchschnittswerten argumentiert - nur richtig interpretiert werden, wenn man es im Zusammenhang sowohl des Schul- wie des Beschäftigungssystems sieht. Außerdem sind Faktoren, wie z. B. die soziale Lage der Eltern und der Studenten, in die Betrachtungen einzubeziehen (vgl. Fries 1983).

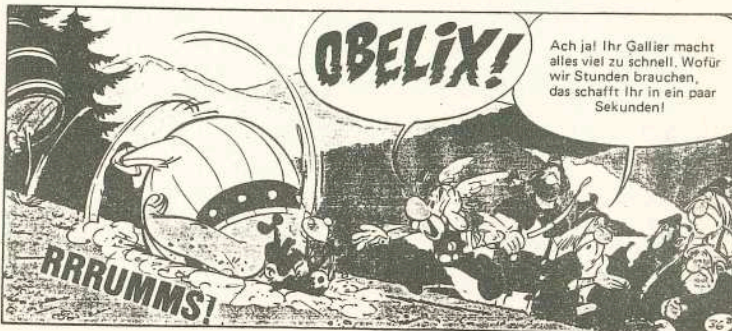


Beispielsweise haben englische Studenten keine allgemeine, sondern nur eine spezielle Hochschulreife, deren Spezialisierung bereits im Alter von 16 Jahren beginnt. Einfluß auf ihre Verweildauer in der Universität hat auch die Tatsache, daß auf dem Campus, auf dem 50 % aller Studenten einen Wohnheimplatz haben, über das Tutorensystem eine enge Lehr- und Lerngemeinschaft herrscht. Drei Viertel aller Studenten verlassen die Universität mit einem Bachelor-Degree, der bei uns wohl lediglich einem Vordiplom entsprechen würde. Ein solcher Absolvent wird aber vom englischen Beschäftigungssystem voll akzeptiert, in der Gewißheit, daß es - dem Gentleman-Ideal folgend - Hauptaufgabe der Universität ist, maßgeblich zur Persönlichkeitsbildung des einzelnen Studierenden beizutragen und daß eben die spezialisierte Berufsvorbereitung nicht Aufgabe der Universitäten ist, sondern daß die Berufsreife über berufsständische Organisationen in den verschiedenen Bereichen wie Architektur, Pharmazie

und Ingenieurwesen in den Jahren nach dem Studienabschluß vermittelt wird. Erst dann kann sich der Absolvent des Ingenieurwesens als Chartered Engineer akkreditieren lassen. Zu diesem Zeitpunkt ist er aber, wie sein deutscher Kollege, auch etwa 28 Jahre alt.

Das Beispiel der Studiendauer, verknüpft mit der Lebensaltersproblematik der Absolventen zeigt: Wer aus so vielen, miteinander verwobenen und sich gegenseitig bedingenden Faktoren nur den dünnen Faden einer kürzeren Studiendauer herauszieht, müßte sich dann auch zu folgenden Randbedingungen eines Studienabgangs von der Universität bequemen (vgl. Geipel 1988, S. 195 ff):

- Gesamtschulen einzuführen
- bereits ab dem 16. Lebensjahr eine studiumsrelevante Festlegung auf wenige Fächer zu treffen
- auf die allgemeine Hochschulreife zu verzichten
- durch einen totalen Numerus clausus die Hälfte der Studienberechtigten vom Universitätsstudium fernzuhalten
- ein Ein-Fach-Studium einzuführen
- weitgehend auf fremdsprachliche Kenntnisse zu verzichten
- die Professoren von der Forschung auf eine hingebungsvolle Lehre umzulenken
- Hunderttausende von Wohnheimplätzen zu schaffen, die auch von den Studenten angenommen werden,
- eine neue Infrastruktur von Clubs, Hochschulsportanlagen, Mensen und Cafés zu schaffen
- den Praxisbezug erst durch eine nachgeschaltete berufsständische Organisation bzw. durch Berufserfahrung nach Studienabschluß herstellen zu lassen
- auf dem Arbeitsmarkt auch völlig Berufsfremden eine Chance zu geben
- Persönlichkeitsbildung mehr zu vertrauen als Fachkenntnissen und die allgemeine Wehrpflicht abzuschaffen.



Dieser Katalog markiert in eindrucksvoller Weise die Unterschiede zwischen dem Universitätssystem Englands und dem der Bundesrepublik, wenn man sie unter dem Aspekt der Studiendauer bzw. des Alters der Absolventen einander gegenüberstellt - allerdings unter der wichtigen Vorbedingung, daß man sie nicht isoliert von den Interdependenzen mit anderen Teilbereichen in Staat und Gesellschaft betrachtet. Wir können also als Zwischenbilanz festhalten, daß sich internationale Hochschulvergleiche vor der Gefahr hüten müssen,

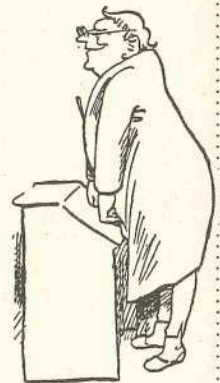
- vorschnell lediglich isolierte Teilbereiche der jeweiligen Hochschulsysteme zu analysieren oder gar als Vorbild zu propagieren, ohne die

- sic umgebenden Einflußfaktoren und Rahmenbedingungen zu analysieren,
- der vergleichenden Analyse "deutsche Fragestellungen" überzustülpen und
- zu wenig differenziert vorzugehen und zu argumentieren, indem für die Vergleiche beispielsweise Durchschnittswerte statt differenzierter Daten herangezogen werden.

Soweit zu den Zusammenhängen zwischen Hochschulsystem und anderen Teilbereichen von Staat und Gesellschaft.

Ich möchte nun zeigen, daß es darüberhinaus Unterschiede bezüglich wichtiger Merkmale gibt, die einen Vergleich der Hochschulsysteme schwierig machen und die Schlußfolgerungen oder Empfehlungen für Veränderungen eines Hochschulsystems höchst problematisch erscheinen lassen.

In Frankreich gibt es acht verschiedene Abiturzweige mit unterschiedlichen Profilen, wodurch bereits in der Oberstufe der Schule eine vorgezogene Fächerwahl stattfindet, was nicht unwesentlich zu einer Beschleunigung des späteren Studiums beiträgt. Das Studium ist zudem sehr verschult und führt an jedem Jahresschluß zu Prüfungen, von deren Bestehen das Aufsteigen in das nächste Studienjahr abhängt. Wissenschaft und die Erziehung zum Wissenschaftler stehen erst im dritten Zyklus an, in den beiden vorhergehenden Zyklen muß, schlicht gesprochen, "einfach gelernt werden". Nur 50 % der erstmals eingeschriebenen Studenten schließen das Grundstudium nach dem ersten Zyklus erfolgreich ab. Wer dann aber das Hauptstudium erreicht, studiert nach unseren Informationen zügig und schließt diesen zweiten Studienzyklus mit der Maîtrise ab. Für einzelne Studiengänge folgt dann noch ein fünftes Studienjahr mit Spezialstudium.



Zwar machen die französischen Universitätsstudenten ihr Examen nach dem zweiten Zyklus im Durchschnitt in einem relativ jungen Alter, nämlich mit 26,2 Jahren. Es wäre nun aber völlig verfehlt, diese Angabe mit dem - höheren - Alter der Universitätsabsolventen in der Bundesrepublik zu vergleichen, und zwar nicht nur deshalb, weil es sich hier wiederum nur um Durchschnittswerte handelt, sondern vor allen Dingen deshalb, weil in Frankreich im Gegensatz zur Bundesrepublik zu diesem Zeitpunkt bereits mehr als 50 % der Studienanfänger ausgeschieden sind. Bei einem Vergleich würde man also Studentenspopulationen mit ganz unterschiedlichen Merkmalen miteinander vergleichen, denn es gibt in der Bundesrepublik nur wenige Studiengänge, bei denen die Studienabbrecherquote bei 50 % oder höher liegt. Man muß also auf die entscheidenden unterschiedlichen Merkmale beider Hochschulsysteme hinweisen und die unter-

schiedlichen Konsequenzen interpretativ berücksichtigen. Oder anders ausgedrückt: Es ist nicht statthaft, die Ergebnisse eines selektiven Hochschulsystems, wie es das französische ist, einem erheblich weniger selektiven Hochschulsystem wie dem bundesrepublikanischen als Vorbild zu präsentieren.]

Die Vergleiche der Studiendauer und des Alters der Absolventen in der Bundesrepublik, in England und in Frankreich dürften gezeigt haben, daß man nicht nur von einzelnen isolierten Faktoren ausgehen darf. [...]

Fristenlösung !?

In Bayern sind die Fristen für die Ablegung von Prüfungen und deren Überschreitung rigoros festgelegt.

Studierende, die in die Nähe solcher Fristen kommen, sollten sich vorher erkundigen, welche Auswirkungen dies hat und wie man diesen begegnen kann.

Das Bayerische Hochschulgesetz (BHG) sagt hierzu in Artikel 81 Absatz 4:

"Der Student soll die Vor-, Zwischen- oder Abschlußprüfung zu den vorgesehenen Terminen bis zum Ende des jeweiligen Studienabschnittes ablegen. Überschreitet der Student aus von ihm zu vertretenden Gründen die Fristen nach Abs. 3 Satz 2 Nr. 6. (d.h. diese Fristen sind in der Prüfungsordnung aufzuführen) bei der Vor- und Zwischenprüfung um mehr als 2 Semester, bei der Abschlußprüfung um mehr als 4 Semester, oder legt er eine Prüfung, zu der er sich gemeldet hat, aus von ihm zu vertretenden Gründen nicht ab, gilt diese Prüfung als nicht bestanden. Die Überschreitungsfristen verlängern sich um die nach der Hochschulprüfungsordnung für die Wiederholung von Prüfungen benötigten Semester. ..."

In unserer Prüfungsordnung steht als Frist für die Ablegung des Vordiploms der Beginn der Lehrveranstaltungen des 5. Semesters, für die Hauptdiplomsprüfungen nach 9 Semestern (Regelstudienzeit).

Nun fängt die Rechnerei an:
Für das Vordiplom ergibt dies also:

4 + 2 Semester = 6 Semester.

Für das Hauptdiplom also:

9 + 4 Semester = 13 Semester.

Unsere Universität versteht "natürlich" die Diplomarbeit als Bestandteil der Diplommhauptprüfung, obwohl es mind. eine geeignete Stelle im BHG gibt, die mensch anders interpretieren kann.

Bei den Zeiten für die Wiederholungsprüfungen gibt es nun (siehe Schreiben des Prüfungsamts auf der nächsten Seite) eine eigene Rechnung. Diese geht mal wieder (wie eigentlich immer) von den Fristen aus, die für die Studierenden am ungünstigsten sind.

Laut Meinung von Herrn Merker, Leiter des Rechtsreferats der Uni, kann mensch das Vordiplom, wie auch das Diplom in einem Abschnitt ablegen (d.h. die Prüfungsordnung läßt dies zu). Wenn mensch nun durchfällt, in einer bis sechs Prüfungen können diese natürlich (unabhängig von der Anzahl) im nächsten Prüfungsabschnitt abgelegt werden. (Macht 1 Semester). Für alle notwendigen Zweitwiederholungen ist dann nur noch ein weiteres Semester notwendig. Dies macht also insgesamt 2 Semester. Seid Ihr zwischendurch krank gewesen hat dies direkt keinen Einfluß auf diese Zählung.

Also: **Merken!** Wiederholungen, egal wie viele, für jede Wiederholungsstufe ein Semester.

Also maximal 2.



3.2 bei Wiederholung der gesamten Diplom-
hauptprüfung oder einzelner Fächer
bzw. Prüfungsteile im Status der 2.
Wiederholungsprüfung (sog. 3. Ver-
such) insgesamt 1 Fachsemester

4. Verlängerung der regulären Prüfungsfrist
bei Vorliegen von Gründen, die Sie nicht
zu vertreten haben (auf Antrag in beson-
ders begründeten Ausnahmefällen) je nach Einzelfall

Nach den uns vorliegenden Unterlagen befinden Sie sich im ~~Wintersemester~~
~~Wintersemester~~/Sommersemester 1991/ im ~~1.~~ Fachsemester. Unter Beach-
tung der o.g. Regelungen endet die Frist zur Ablegung der gesam-
ten Diplomhauptprüfung in Ihrem Fall mit Ablauf des ~~1.~~ Fach-
semesters. Soweit Prüfungsleistungen noch bis zum Beginn der
Lehrveranstaltungen des nachfolgenden Semesters erbracht wer-
den, bleibt die vorgenannte Frist gewahrt (f. u. 14 DiplProtF).

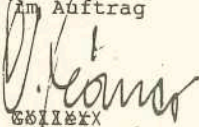
Für die Meldung zur Prüfung beachten Sie bitte den Aushang der
aktuellen "Bekanntmachung über die Meldetermine und Prüfungs-
zeiträume" am "Schwarzen Brett". Sollten Sie jedoch aus Gründen,
die Sie nicht zu vertreten haben, die gesamte Diplomhauptprüfung
nicht bis zum Ablauf der für Sie geltenden Prüfungsfrist (s. o.)
ablegen können, dann müßten Sie

bis spätestens Wintersemester 1991/92

einen entsprechenden Antrag auf Gewährung einer Nachfrist an den
Prüfungsausschuß richten.

Sofern Sie die Prüfung nicht bis zum Ablauf der Prüfungsfrist ab-
legen, oder einen Antrag auf Gewährung einer Nachfrist nicht bzw.
nicht rechtzeitig stellen, oder Ihr Antrag auf Gewährung einer
Nachfrist mangels ausreichender Begründung vom Prüfungsausschuß
abgelehnt wird, gilt die gesamte Diplomhauptprüfung als abgelegt
und erstmals nicht bestanden. Bereits bestandene Einzelprüfungen
werden auf die Wiederholungsprüfung angerechnet.

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag


~~W. Römer~~
(W. Römer)

Es war einmal vor langer Zeit...

...da erhob sich ein großes Geschrei an den Universitäten des Landes. "Hilfe, wir haben zu wenig Computer", riefen die Einen. "Ohne Rechner ist ein Studium gar nicht möglich", klagten die Anderen. "Oh weh, wenn erst der Binnenmarkt kommt...", schrien alle zusammen.


Doch siehe, das Wehklagen fand Gehör bei den SchatzmeisterInnen in Bund und Land, und sie sagten sich: "Oh, lasset uns den Universitäten Personalcomputer und Workstations schenken, auf daß wir gut angesehen werden beim Volk und wiedergewählt in vier Jahren." Denn zu jener Zeit hörte man immer wieder Murren im Volk wegen der schlechten Bildungspolitik.

Und so gaben die MinisterInnen und SenatorInnen denn ein wenig von ihrem Geld in einen großen Topf, und den nannten sie "CIP".

Zu den Universitäten aber sprachen sie: "Höret, ihr Hochschulen im Lande: Ihr sollt versorgt werden mit Hardware und Software, auf daß Euer Klagen ein Ende hat. Schickt uns nur Anträge und ihr sollt bedient werden."

Eine Bedingung jedoch knüpften die Herren und Frauen des Geldes an ihr großzügiges Angebot: "Traget Sorge, daß die neuen Rechner möglichst viel von den StudentInnen benutzt werden. Mindestens 75 Stunden in der Woche sollen sie zugänglich sein. Und, bevor wir es vergessen, sorget für Personal zur Betreuung der Computer."

Die Kunde von der Großzügigkeit der Obrigkeit drang schließlich auch an eine kleine Universität in der Mitte des Frankenlandes, die Ihr alle gut kennt. Und die Freude dort war unbeschreiblich. "Laßt uns gleich viele neue Computer bestellen!", jubelten die Einen. "Vierzig neue Workstations sollen es sein!", meinten die Anderen. "Wir wollen gleich den Antrag ausfüllen!" drängten sie alle.




Und so setzte man sich zusammen, den Antrag auszufüllen. Das ging, wie Ihr Euch denken könnt, in Windeseile. Nur als sie ein Kästchen fanden, neben dem stand "Hier ankreuzen, wenn sie jemanden haben, der die Rechner betreuen kann!", zögerten sie ein wenig. Doch schließlich sagte einer "Es wird sich schon jemand finden." (Irgendeiner sagt immer "Es wird sich schon jemand finden.") Und so kreuzten sie das Kästchen flink an - denn sie wollten ja möglichst schnell die schönen neuen Rechner haben - und schickten den Antrag weg.

Ihr könnt Euch sicher vorstellen, daß die Vorfreude groß war, als der Tag der Lieferung der 40 nagelneuen Workstations nahte. Eilig schmiedete man Pläne, was man mit den Geräten machen wollte (die ja eigentlich für die StudentInnen da sein sollten - aber das hatten sie vor lauter Freude vergessen). "Die Hälfte geben wir den AssistentInnen an den Lehrstühlen, denn die neuen Rechner sind viel schneller als deren alte", beschlossen sie.

Und weiter: "Den Rest, und die alten Rechner, die den AssistentInnen nicht gut genug sind, wollen wir den StudentInnen zur Verfügung stellen, auf daß sie lernen, wie man mit einem Computer umgeht und Seminararbeiten mit τ_{∞}^x schreibt", und sie fanden das sehr großzügig.

Als nun aber die vielen Kartons mit den vielen neuen Computern angekommen waren und sich die AssistentInnen ihren Anteil geschwind abgeholt hatten, begann ein großes Nachdenken. "Oh weh, wer soll denn die Rechner für die StudentInnen auspacken und aufstellen?", riefen die einen. "Und wer soll den neuen Cluster betreuen?", fragten die anderen. "Und wer holt endlich die alten, langsamen Workstations von unseren Schreibtischen weg??!", fragten die AssistentInnen.



Alle rangen nach einer Lösung. "Wir lassen die Arbeit eine StudentIn machen und bezahlen sie dafür", schlug einer vor. Doch leider war dafür kein Geld mehr übrig. "Dann bezahlen wir sie eben nicht", meinte ein anderer. Doch Sklavenarbeit war seit langem abgeschafft und außerdem redeten gerade alle Leute von Studienzeitverkürzung.

"Wie wärs, wenn wir die Computer nur aufstellten und dann sich selbst überließe?" sagte jemand. "Dann können wir sie aber nicht ans große Netz anschließen, sonst macht noch jemand Unfug", wandte jemand anderes ein. "Und wenn niemand über das Netz an seine Daten auf anderen Rechnern und an Ausgabegeräte herankommt, wird niemand an unseren schönen neuen Workstations arbeiten wollen. Denn mit T_EX geschriebene Seminararbeiten sehen nicht schön aus, wenn man sie mit unseren alten Tintenstrahldruckern ausdruckt."

Und so wurde hin und her überlegt. Und schließlich - Ihr werdet es kaum glauben - standen die neuen Rechner plötzlich ausgepackt und angeschlossen auf den Tischen. Was war geschehen ?

War doch noch eine Assistentin gezwungen worden, die Arbeit zu machen ? War über Nacht die Sklaverei wieder eingeführt worden ? Sollte ein Tintenstrahldrucker doch ausreichen ?

Ich weiß es auch nicht. Aber zumindest wißt Ihr jetzt, wie leicht es ist, Computer für 800.000 DM zu bekommen und wie lange es dauern kann, sie aufzustellen.

Wie schwer, ja geradezu unmöglich es hingegen ist, 50.000 DM für studentische Hilfskräfte zu bekommen, das haben wir Euch ja schon öfter berichtet.

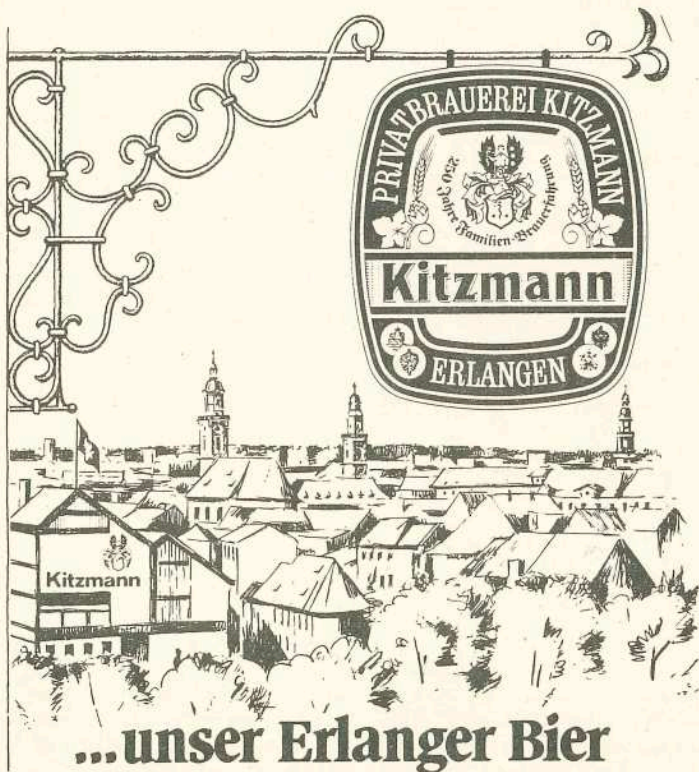


Als ich noch ein verunschener Frosch war,
bin ich mal dem Schloßkoch in die Hände gefallen ...

ACHTUNG! ACHTUNG! ACHTUNG!

Seit dem 3. Oktober ist die 6. Satzung zur Änderung der Diplomprüfungsordnung TechFak in Kraft. Die wichtigsten Änderungen sind:

- Die Anmeldung für einen Prüfungsabschnitt kann bis **21 Tage vor Beginn des Prüfungsabschnitts** (d.h. Anfang Dezember, März, Juni bzw. September) rückgängig gemacht oder im Rahmen der Prüfungsordnung abgeändert werden (neu)
- Eine laut Fachprüfungsordnung schriftliche Prüfung kann auf Antrag des Prüfers mündlich abgehalten werden, wenn sich für den betr. Prüfungszeitraum weniger als 20 Personen zu dieser Prüfung angemeldet haben (bisher: 10). Die Entscheidung darüber trifft der Prüfungsausschuß.
- Die Gesamtnote 4,3 ist in Prüfungen zukünftig ausgeschlossen (was zur Folge haben wird, daß nicht nur die Leute, die bisher eine 4,3 bekommen hätten und jetzt eine 4,7 haben, sondern auch all die, die vorher auch eine 4,7 bekommen hätten, um ihre Note feilschen werden)
- „In Fällen krankheitsbedingter Prüfungsunfähigkeit kann der Vorsitzende (des Prüfungsausschusses) die Vorlage eines vertrauensärztlichen Attestes verlangen“ (bisher: ärztlich)
- Eine zweite Wiederholung ist zukünftig im Vordiplom Informatik in zwei Fächern, im Hauptdiplom in einem Fach ohne Härtefallantrag möglich.
- „Überschreitet ein Student, aus Gründen, die er zu vertreten hat, die Frist zur Meldung (zur Diplommhauptprüfung) um mehr als vier Semester (d.h. Beginn des 13. Semesters), so gilt die Diplommhauptprüfung als abgelegt und erstmals nicht bestanden.“



12.12.1991

helga broll, jane heap, nürnberg
DAS KÜNSTLERINNENARCHIV
STELLT SICH VOR

9.1.1992

susanne opfermann, erlangen
ÜBERLEGUNGEN ZUM
ZUSAMMENHANG VON
WAHRNEHMUNG, GESCHLECHT
UND MACHT

23.1.1992

elisabeth leiss, erlangen
GENUS UND SEXUS -
KRITISCHE ANMERKUNGEN ZUR
SEXUALISIERUNG VON GRAMMATIK

6.2.1992

jutta bartling, münchen
GEWALT GEGEN FRAUEN UND
MÄDCHEN IN DER FAMILIE -
ZIVIL- UND STRAFRECHTLICHE
SCHUTZ- UND WEHRMÖGLICHKEITEN

FEMINISTISCHES FORUM
Frauenringvorlesung



13.2.1992

heidi hofmann, fürth
FEMINISTISCHE ETHIK UND
REPRODUKTIONSTECHNOLOGIEN

20.2.92

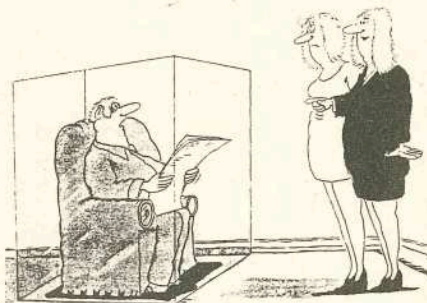
ursula beer, bielefeld
PARTEILICHKEIT UND OBJEKTIVITÄT
IN DER FRAUENFORSCHUNG

die veranstaltungen finden um 19.30 uhr im
kollegienhaus,
universitätsstr.15, der uni erlangen statt.

Das Euro-Kondom

Martin Bangemann, deutscher EG-Kommissar, bereitet eine Direktive für „passive medizinische Apparaturen“ vor. Noch exakter ausgedrückt: Es geht um einen europäischen Standard für Kondome. Zwar ist sich die Gemeinschaft einig, daß ein ungedehntes Kondom sechzehn Zentimeter lang sein sollte. Was jedoch die Breite betrifft, so klaffen zwischen den Mitgliedern Welten. Die italienische Minimalforderung nach 54 Millimetern stieß in Brüssel auf Unverständnis und Ablehnung: Der europäische Durchschnittsmann erfordert mindestens 55 Millimeter. Willy Helin, der Sprecher der EG-Abteilung für industrielle Standardisierung, erklärte den fraglichen Millimeter für überaus bedeutend. In einer Erläuterung, die er selbst „derb“ nannte, befand er: „Entweder das Ding ist zu eng, oder es rutscht runter.“

Aus der Zeit vom 22.11.91



„Das ist Herbert. Seine letzten Worte waren: ‚Was um alles in der Welt willst du mit drei Kubikmetern Gießharz?‘“

Das Projekt soll etwa folgendermaßen aussehen:

Wir wollen ein Informationsheft erstellen, in dem einiges zum Thema Informatik und anderen Studiengängen stehen soll. Dabei geht es nicht nur rein um Studieninhalte, sondern auch um das ganze drumherum: welche Probleme auftreten können und wie mensch (speziell frau) sie beheben kann; So ist es zum Beispiel kein Problem, keinen PC daheim zu haben.

Im Frühjahr wollen wir dann an den Gymnasien in Erlangen die SchülerInnen über das Studium informieren. Ziel ist es, vermehrt Frauen für technische Studiengänge zu interessieren und falsche Vorstellungen z.B. vom Informatikstudium zu korrigieren.

Für dieses Projekt suchen wir vor allem Frauen, die Lust haben mitzuarbeiten. Umfang der Arbeit bestimmt natürlich jede selbst. Vielleicht gibt es ja auch Frauen (oder auch Männer), die Erfahrungen mit ähnlichen Projekten haben, oder Leute kennen, die so etwas schon durchgeführt haben. Wir sind für Tips und Anregungen immer aufgeschlossen.

Völlig begeistert wären wir, wenn diese Aktion nicht auf die Informatik begrenzt bliebe, sonder alle Studiengänge an der TechFak umfassen könnte. Wir würden dieses Projekt am liebsten mit Frauen aus allen Studiengängen an der TechFak organisieren, da es ja letztlich alle Fächer betrifft.

Dies ist also ein Aufruf zum Mitmachen und weitersagen!

Feste Termine für den Arbeitskreis gibt es nicht. Also einfach erst mal im FSI-Zimmer vorbeikommen.



..... *Nächsten*

SPIEL & WELT

BRETT-, DENK- UND KNOBELSPIELE AUS ALLER WELT
Kuttlerstraße 4 · 8520 Erlangen · Telefon 091 31/20 89 55

Pressespiegel

Wem nützt die Asylkampagne?

VON HERBERT RIEHL-HEYSE

Mitte dieser Woche, als er gerade nicht die Ablösung eines Münchner Fußballtrainers vorantreiben mußte, hat der bayerische Innenminister die Ansicht vertreten, Ausländer seien „Menschen und kein Freiwild“. Die Auskunft, die – wohl wegen ihres Neuigkeitswertes – sofort der Presse übergeben wurde, weckte zwiespältige Gefühle. Denn einerseits ist eine solche Klarstellung gerade aus dem Hause Stoiber natürlich vorbehaltlos zu begrüßen. Andererseits klingt sie ein wenig so, als rufe da ein leicht erschrockener Brandstifter nach der Feuerwehr. Gewiß nämlich hat Edmund Stoiber die Anschläge nicht gewollt, die er da so kräftig verurteilt hat. Aber schwer zu bestreiten ist leider, daß er, zusammen mit manchem Politiker (und mancher Zeitung, die in handgestrickten Umfragen die angebliche Volkswut registriert und damit noch angeheizt hat) sein Teil dazu beigetragen hat, wenn neuerdings in Deutschland Benzin-Bomben auf kleine Libanesinnen geworfen werden.

Karrieren machen mit Aids

Nun wäre es ja abwegig, zu behaupten, daß die Ausländerfrage kein wichtiges politisches Thema und gar nicht der Debatte wert sei. Liberale aller Schattierungen tun sich manchmal ziemlich leicht, wenn sie gegen die Diskriminierung von Fremden auf die Straße gehen und dabei vehement die multikulturelle Gesellschaft fordern, die für sie im wesentlichen vielleicht aus einem ausreichenden Angebot von italienischen und chinesischen Speiselokalen besteht. Wer alle Probleme in diesem Zusammenhang leugnet, lebt in der Regel nicht in einem Mietshaus, in dem die Behörde 20 Vietnamesen in eine Dreizimmerwohnung gepfercht hat und nicht in der Nähe jener finsternen Gegenden, in denen afrikanische Desperados den Schulkindern Heroin zu verkaufen versuchen. Die Schwierigkeiten sind leider mit Händen zu greifen, in die auch ein reiches Land geraten muß, wenn Arme und Verzweifelte aus

der ganzen Welt bei ihm ihre Zuflucht suchen. Und natürlich müssen die Politiker darüber nachdenken, wie sie mit diesen Schwierigkeiten umgehen.

Nun gibt es aber viele Probleme auf der Welt und in Deutschland, die ebenfalls ungelöst sind, ohne daß deshalb die Emotionen so unglaublich hochgingen, wie in diesem Fall. Könnte es also sein, daß Aufregungen künstlich erzeugt werden, nur weil das gerade in jemandes Kalkül paßt, der zum Beispiel Karriere machen muß oder auch nur höhere Auflagen seiner Zeitschrift? Wer einen solchen Verdacht für abwegig hält, sollte sich vielleicht daran erinnern, wie heftig vor gut drei Jahren hierzulande über die Krankheit Aids gestritten wurde. Über Monate hinweg wurde damals, unter starker Mithilfe aller Medien, der Eindruck erweckt, das Volk werde demnächst von der Seuche ausgerottet, wenn die „Risikogruppen“ nicht streng überwacht und die Infizierten nicht in Lagern zusammengezogen würden; heute ist die Gefahr, die man gewiß nie unterschätzen durfte, überhaupt nicht geringer geworden, aber sie wird so gut wie nicht mehr öffentlich debattiert; vielleicht auch deshalb, weil der Politiker, der die Debatte seinerzeit mit vollen Backen aufgepusst hatte, inzwischen das Ressort gewechselt und dort noch kein Thema gefunden hat, mit dem er noch berühmter werden könnte.

Schon die Aids-Debatte hat zu einer Massenhysterie geführt, bei der Leute einander argwöhnisch beobachteten, wenn sie aus demselben Wasserglas trinken mußten. Die aktuelle Ausländerdebatte aber ist womöglich noch gefährlicher, weil sie nicht nur viele Ängste weckt, sondern auch noch an die niedrigsten Instinkte von Leuten appelliert, die ohnehin in schlimmer Tradition die Fremden für minderwertig halten: mit schrecklichen Folgen, wie sich inzwischen zeigt. Wenn es also je einen Fall gegeben hat, in dem man ein unleugbares Problem sensibel und verantwortlich hätte diskutieren müssen, dann beim Thema Asyl-

(Nicht nur)

Tips zum Bafög

TEIL (n²)

Erfahrungsbericht zum BAFÖG-Amt in Erlangen

Dieser Artikel soll ein Hinweis bzw. eine Warnung für alle diejenigen sein, die BAFÖG bekommen und deshalb zwangsläufig mit den Sachbearbeitern im BAFÖG-Amt zu tun haben.

Die Vorgeschichte besteht darin, daß ich, bedingt durch familiäre Änderung, mehrmals Änderungsanträge stellen mußte. Dies allein wäre kein Problem gewesen, doch leider dauerte es immer länger bis diese Anträge bearbeitet wurden. So war es dann sehr merkwürdig, daß bei der letzten großen Änderung, erst dann der Bescheid kam, als meine Eltern telefonisch nachgefragt hatten, wann der Bescheid zu erwarten sei. Leider ist diese "Praxis" nicht nur auf meine eigentliche Sachbearbeiterin Frau Z., auf die ich noch später zu sprechen komme, beschränkt, sondern zeigte sich auch bei Ihrem Kollegen Herrn L., der sie zeitweise vertreten hat.

Doch nun zum eigentlichen Ärgernis.

Wie sicherlich alle BAFÖG-Bezieher wissen und mensch auch vielleicht auf großen Plakaten gelesen hat, müssen die Weiterförderungsanträge für das nächste Semester bis Ende Juli eingereicht werden.

Dies habe ich natürlich auch strebsam getan und erhielt dann noch die Aufforderung die letzten fehlenden Unterlagen bis Anfang August einzureichen. Die Unterlagen habe ich pünktlich abgeschickt und dann hätte einer Bearbeitung meines Antrages nichts mehr im Weg gestanden.

Dem war aber nicht so.

Bei einer Nachfrage Ende September war die Sachbearbeiterin Frau Z. erstaunt und fragte mich sinngemäß, was ich denn schon wolle und daß sie noch sehr viele Anträge zu bearbeiten habe, weswegen die Erstellung des Bescheids länger dauern würde.

Dies leuchtete mir damals ein und ich wartete dann darauf meinen neuen Bescheid zu erhalten.

Nachdem dieser bis zum 14. November immer noch nicht gekommen war ging ich wieder zu Frau Z.

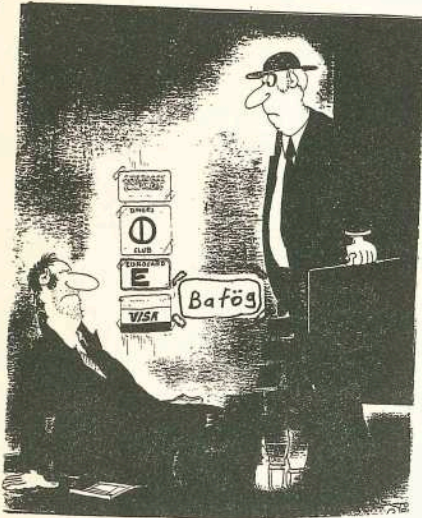
Als Zusatz muß ich sagen, daß das BAFÖG aufgrund des eingereichten Antrages weitergezahlt wurde. Durch die oben schon erwähnten Änderungen bedingt, wird mein BAFÖG jetzt allerdings erheblich höher ausfallen. Mein momentaner Stand ist so, daß ich theoretisch von 190 DM im Monat leben (Essen, Trinken, Bücher, Fahrkarten) müßte. Den Differenzbetrag zum neuen BAFÖG erhalte ich zwar als Nachzahlung doch das ändert nichts am Status Quo.

An diesem denkwürdigen 14. November fragte ich wiederum, wann ich mit meinem Bescheid rechnen könne. Frau Z. schaute mich mit ihrem üblichen freundlich süffisant-arrogantem Gesichtsausdruck an, suchte meine Akte heraus und meinte dann, daß es für mich keinen Grund gäbe mich irgendwie zu beschweren, da ich ja "Geld kriege". Auf meinen Einwand hin, daß ich momentan meine Eltern finanziell zusätzlich belasten müßte, meinte sie nur, daß gesetzlich vorge-

(Nicht nur)

Tips zum Bafög

TEIL (n²)



Bedingt durch das gesamte bisherige Auftreten der Frau Z. und das Arbeitstempo, das, meiner Meinung nach, entweder durch Motivations- oder durch Personalmagel dieser Behörde zustande kommt, bin ich zu der Ansicht gekommen, daß es nur dann möglich ist seinen Antrag in angemessener Zeit bearbeitet zu bekommen, wenn man Druck auf die Sachbearbeiter ausübt, indem man nach entsprechender Zeit nachfragt und sich nicht abwimmeln läßt.

geschrieben sei das BAFÖG weiterzuzahlen. Außerdem hätten sie eine Warteschlange, worin die Anträge bevorzugt behandelt würden, die neu wären.

Meine persönliche Situation war ihr herzlich egal, sodaß ich keineswegs von einer studentenfreundlichen Behandlung berichten kann.

In Gesprächen mit anderen Studenten, die auch Frau Z. als Sachbearbeiterin haben, erfuhr ich, daß Ihr Verhalten nicht nur auf mich beschränkt ist, sondern daß es sich um einen Normalzustand handelt.

Wie Hohn klingt in diesem Zusammenhang eine Aussage aus dem Wegweiser des Studentenwerkes:

"Die Mitarbeiter des Studentenwerkes sind bemüht, die eingereichten BAFÖG-Anträge schnell und reibungslos zu bearbeiten."



Es besteht ein gesetzlich verankerter Anspruch auf BAFÖG und deshalb sollte sich niemand in eine Bittstellerposition drängen lassen, wie es heute anscheinend üblich ist.

Laßt euch nicht von irgendwelchen Beamtenseelen einschüchtern, die sich hinter Paragraphen verschanzen und sich aufführen, als ob man ihnen ihr eigenes Geld wegnehmen wolle.

PS.: Meinen Bescheid soll ich Anfang Dezember erhalten, doch falls dies nicht der Fall sein sollte, werde ich mich direkt an den Leiter des BAFÖG-Amtes wenden, um eine Klärung der Angelegenheit zu erreichen.

FORWISS — Lehrstück für werdende WissenschaftlerInnen

Während sich inzwischen die vage Erkenntnis durchgesetzt hat, daß es in Tennenlohe den Lehrstuhl 8 für Künstliche Intelligenz von Prof. Stoyan gibt, erscheinen bei Nennung des Namens „FORWISS“ noch immer eine ganze Menge Fragezeichen in den Gesichtern. Dabei ist das „Bayerische Forschungszentrum für wissenschaftliche Systeme“ mit drei Jahren etwa doppelt so alt wie eben der genannte Lehrstuhl, und personell ist es mit dem IMMD eng verbunden. Mit diesem Artikel möchte ich einige Unklarheiten beseitigen, dafür aber andere Unklarheiten hinterlassen, über die es sich zu diskutieren lohnt. Gleich zu Anfang kommt eine **Warnung**: dieser Artikel stammt nicht aus der PR-Abteilung des FORWISS, sondern spiegelt die subjektive und außenstehende Sichtweise des Autors wider, der seit drei Jahren studentischer Vertreter in einem FORWISS betreffenden Gremium (s.u.) ist, aber darüber hinaus in keiner Weise in das Forschungszentrum involviert ist, auch nicht von den Studieninhalten her. Nachdem ich also nicht mit im Glashaus sitze...

Wer an „objektiven“ Informationen auf Hochglanzpapier oder anderen Sichtweisen interessiert ist, wende sich vertrauensvoll an das Sekretariat der zentralen Verwaltung von FORWISS, Am Wechselgarten 7, in Erlangen-Tennenlohe, oder frage einfach die MitarbeiterInnen, wie sie die Dinge sehen.

Wie gesagt, ich sitze nicht im Glashaus, wenigstens nicht in diesem; darin sehe ich aber die Chance, den Beteiligten auch den Spiegel hinzuhalten, wovon sie auch etwas haben. Mögen andere das für mich erledigen, wenn ich selbst Angriffsfläche biete.

Was ist FORWISS? Aufgabe und Struktur

Zu den merkwürdigen Eigenschaften des „Forschungszentrums“ gehört es, daß es eigentlich kein Zentrum ist. Vielmehr verteilt sich FORWISS auf drei Standorte (Universitäten), nämlich die FAU Erlangen, die TU München und die UNI Passau. Strukturell handelt es sich um eine gemeinsame Einrichtung von (Frei-) Staat und Wirtschaft, wobei die Universitäten das Dach für die jeweils zugehörigen Teile des Zentrums bilden: alle Ein- und Ausgaben werden über die Amtskassen der Unis abgewickelt,

die Besetzung des größeren Teils der für FORWISS eingerichteten Entscheidungsgremien wird von den Senaten der Unis bestimmt, usw.. Natürlich sitzen auch IndustrievertreterInnen in diesen Gremien, in der Minderzahl versteht sich. Der Einfluß der Industrie wird nicht durch die Anzahl der Stimmen ausgeübt, sondern durch Geld.

Gemeinsame Einrichtung von Staat und Wirtschaft soll heißen: mit gegenseitigen Rechten und Pflichten, insbesondere in finanzieller Hinsicht. Zum Zwecke der angemessenen Beteiligung der Industrie hat sich diese im sogenannten *Förderkreis* zusammengeschlossen, dem etwas mehr als 100 Unternehmen angehören. Aus diesem Förderkreis stammen auch die VertreterInnen der Industrie in den Gremien. Noch wichtiger: im Förderkreis sitzen die AnsprechpartnerInnen für direkte Kooperationen mit der Wirtschaft.

Wie kam es dieser einer Form der Kooperation? Die Einrichtung von halb universitären, halb industriellen Forschungseinrichtungen ist seit einigen Jahren in Mode, nicht nur in Bayern. Sie beruht auf der Idee, daß sich das Geld für die Forschung in Form von gestärkter Konkurrenzfähigkeit der heimischen Industrie, die bekanntlich unser aller Wohlstand erwirtschaftet, auszahlen soll. Insbesondere können sich mittelständische Unternehmen keine eigene Grundlagenforschung leisten, gerade die sind aber das Rückgrat der Wirtschaft (heißt es).

Die Idee der vom Mittelstand gemeinschaftlich genutzten und finanzierten (der Staat wird schon auch nicht knausern) universitätsnahen Forschungseinrichtungen existierte auch unabhängig von FORWISS und insbesondere in den damaligen Köpfen des Wissenschaftsministeriums, insbesondere Prof. Wild (Physiker) und Prof. Fiebiger (unser Ex-Präsi, ebenfalls Physik). Diese beiden sind z.B. auch dafür bekannt, die Geisteswissenschaften für unproduktiv zu halten.

Die Idee der Industrie-Kooperation lag also auf der Straße und der selige Franz-Josef war auch nicht abgeneigt. Nachdem Expertensysteme groß in Mode gekommen und überall in der Republik KI-Zentren entstanden waren, die zum Teil ganz ähnlich arbei-

ten, brauchte Bayern auch eins. Zudem war die Wirtschaft verängstigt, den Anschluß zu verpassen, und so war das Kind geboren.

Warum wurde das Zentrum auf drei Standorte verteilt? Heute wird das natürlich so dargestellt, als sei diese Verteilung von Anfang an beabsichtigt gewesen, auf Wirtschaftsdeutsch: die drei Standorte mit ihrer Kopplung sollen zur Synergie der geballten Kompetenz der Trägerunis, bzw. ihrer Informatikinstitute führen und die Wirtschaft darf mit ihrer „Praxiserfahrung“ auch ein bißchen mitsynergieren, finanziell wenigstens. Böse Zungen vermuten eher einen Streit zwischen den Universitäten (ER und M) darüber, wer den Kuchen bekommen sollte, die Lösung fiel dann wahrhaft salomonisch aus.

Auf die „Synergie“ kommen wir später noch zurück, werfen wir hier nur einen Blick auf die Kosten der Zerteilung: 100Mbps Glasfaserleitungen, Videokonferenz (10 DM/min), Reise- und Übernachtungskosten, Ausfall von MitarbeiterInnen, die sich auf Schiene oder Straße befinden, zahlreiche Mehrfachanschaffungen, z.B. bei Literatur und zentraler Rechnerausstattung (Fileserver, Backup, ...). Aber warum sich darüber aufregen, was hier im kleinen bei kurzen Entfernungen geschieht, könnte das Modell für den Großversuch „Parlament in Berlin, Regierung in Bonn“ werden.

Die Entscheidungsstrukturen

Im folgenden werden „FORWISS-Gremien“ beschrieben, deren Mitglieder für jeweils drei Jahre bestimmt werden.

Das *Forschungskollegium*, welches das Standbein der Universität im FORWISS darstellt, und in dem ausschließlich Universitätsangehörige sitzen, nämlich sechs ProfessorInnen (drei aus Erlangen, zwei aus München und einer aus Passau; dies sind zufällig die Leiter der Forschungsgruppen), zwei wissenschaftliche MitarbeiterInnen (je einer aus Passau und München), eine sonstige MitarbeiterIn (aus Erlangen) und zwei StudentInnen (aus München und Erlangen). Das *Forschungskollegium (FK)* hat im wesentlichen drei Aufgaben: Es schlägt den Senaten der beteiligten Unis die professoralen Mitglieder (D_p) des *Direktoriums* vor, mit folgenden Nebenbedingungen:

$$|D_p| = 3, \quad D_p \subseteq FK$$

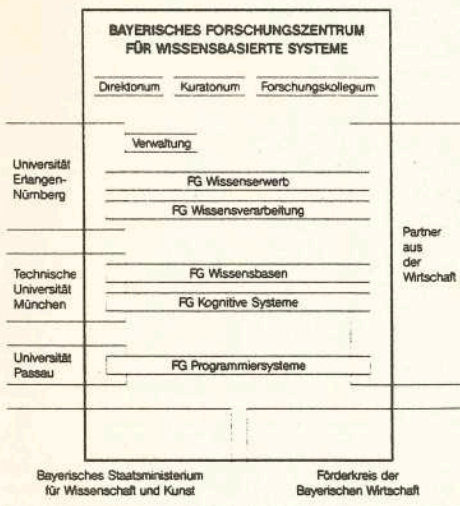
$$D_p \cap ER, D_p \cap M, D_p \cap P \neq \emptyset$$

Das ergibt kombinatorisch sechs Möglichkeiten.

Es beschließt (Vorsicht: beschließen \neq planen) ferner über die Verteilung der zugewiesenen Mittel und macht den Kostenvoranschlag, und es ernennt assoziierte Mitglieder des FORWISS. Manchmal werden auch bedeutsame Entscheidungen gefällt, z.B. ob man nun FORWIS oder FORWISS schreiben solle.

Das schon erwähnte *Direktorium*, dem neben den drei Professoren noch zwei „wissenschaftlich angehauchte“ Industrievertreter angehören, ist das eigentliche Entscheidungsgremium von FORWISS. Es bestimmt die Ausrichtung der Forschung und bestellt die LeiterInnen der Forschungsgruppen. Außerdem übernimmt es die Koordination der Forschungsgruppen untereinander und entscheidet über zentrale Einrichtungen. Als Exekutivorgan verfügt es über den Geschäftsführer (das ist der, der immer dann verantwortlich ist, wenn etwas nicht klappt).

Das *Kuratorium*, in dem je zehn VertreterInnen aus Wissenschaft/Ministerien und Wirtschaft sitzen, hat keine direkten Funktionen; außer daß es zu allem ja und Amen sagt (das steht sinngemäß so in der Verordnung) und zum Haushalt Stellung bezieht. Zum Trost gibt es für die Sitzungsteilnehmer immer schöne Hochglanzprospekte und Zukunftsperspektiven — das ist doch auch was, oder?



Betrachten wir noch einmal die Initialisierungsphase des Zentrums: Die Senate bestimmen (auf Vorschlag des Fachbereichsrates) sechs Professoren (no big „I“, be realistic) für das Forschungskollegium, die wiederum von dort dem Senat drei von ihnen für das Direktorium anpriesen (und warum sollte derselbe Senat plötzlich etwas gegen dieselben Leute haben). Diese drei Profs bestimmten nun sich selbst und die anderen drei zu Forschungsgruppenleitern.

Natürlich gab es auch unter den anderen Profs, die sich nicht direkt beteiligen, Fürsprecher für die Gründung von FORWISS beim Ministerium, und aus Dankbarkeit ernannte man sie (durch das Kollegium) zu assoziierten Mitgliedern. Da sowieso niemandem klar ist, was assoziierte Mitglieder eigentlich sein sollen, kann das auch nicht schaden.

Diese etwas merkwürdige Postenvergabepraxis ist natürlich in einer entsprechenden Verordnung abgesichert, an der die heutigen Forschungsgruppenleiter (wen wundert's) selber mitgewirkt haben. Die Funktion der Gremien ist daher wohl eine andere, als eine Entscheidungshierarchie zu gewährleisten. Sie soll (meine Interpretation) vielmehr die „Synergie“ hervorrufen und eine Zusammenarbeit zwischen den Profs (jajwohl) bewirken, und sei es nur dadurch, daß man sie regelmäßig in gemeinsame Verwaltungssitzungen schickt.

Die Forschungsgruppen

Ursprünglich wurden fünf Forschungsgruppen eingerichtet, deren Namen schon in der Verordnung festgelegt sind. Diese sind (mit jeweiligen Leitern):

FG *Wissensverarbeitung*, Prof. Niemann, Erlangen
 FG *Wissenserwerb*, Prof. Stoyan, Erlangen
 FG *Wissensbasen*, Prof. Bayer, München
 FG *Kognitive Systeme*, Prof. Radig, München
 FG *Programmiersysteme*, Prof. Wirsing, Passau

Zunächst als assoziierte FG angelegt, ist seit kurzem fest etabliert:

FG *Wirtschaftsinformatik*, Prof. Mertens, Erlangen

Die Namen der Forschungsgruppen (insbesondere der ersten vier) könnten zunächst Erstaunen auslösen, vor allem wenn man gerade kein Expertensystem auf dem Gebiet der KI zur Verfügung hat — jedenfalls ist mir auf Anhieb nicht klar, was ich mir unter einem „kognitiven System“ vorstellen soll. Immerhin erwecken die Namen den Eindruck eines einheitlichen, ineinandergreifenden Forschungsansatzes.

Etwa das Begriffspaar:

Wissenserwerb — Wissensverarbeitung

Logisch, erst muß Wissen (früher hieß das bescheidener „Daten“) erworben und dann verarbeitet werden. So kann die Zusammenarbeit aber nicht gemeint sein, denn die FG Wissensverarbeitung leitet Prof. Niemann, und der erkennt bekanntlich Muster, aber wahrscheinlich nicht mit Wissen, daß Prof. Stoyan erworben haben könnte.

Meines Erachtens hatten diese Namen eher eine Marketingfunktion gegenüber Staat und Wirtschaft bei der Gründung von FORWISS, zu einer Zeit, als Expertensysteme gerade eine gute Presse hatten. In einem Stellenangebot für stellvertretende ForschungsgruppenleiterInnen vom Oktober wurde dann auch sichtbar gemacht, was sich hinter den Namen verbirgt — schon, damit sich die richtigen Leute bewerben. Das liest sich so:

1. *Wissensverarbeitung* mit dem Schwerpunkt Mustererkennung
2. *Wissenserwerb* mit dem Schwerpunkt Mensch-Maschine-Kommunikation
3. *Wirtschaftsinformatik* mit dem Schwerpunkt Expertensysteme in der Dienstleistung
4. *Wissensbasen* mit dem Schwerpunkt objektorientierte Datenbanken
5. *Kognitive Systeme* mit dem Schwerpunkt sensorgesteuertes Planen und Agieren
6. *Programmiersysteme* mit dem Schwerpunkt wissensbasiertes Software-Engineering

Interessant an dieser Übersetzungstabelle finde ich, daß es (nicht bei allen!) Verwechslungen zwischen allgemeinem Arbeitsgebiet und momentaner Betätigung zu geben scheint. Vielleicht ist es, wie bei 3. und 6. auch erfolgt, doch einfacher, schon auf das Etikett Nutella zu schreiben, wenn doch nur Nutella drin ist.



Personalstruktur

Mit gut 2/3 bilden die wissenschaftlichen MitarbeiterInnen (sprich: DoktorandInnen) die weitaus größte Gruppe des Personales (logisch, ist ja ein Forschungsinstitut), der Rest verteilt sich auf Verwaltung und Technik, sowie einen Geschäftsführer, Dr. Haass.

Während die Letztgenannten ausnahmslos über staatliche Mittel finanziert werden, und ihre Arbeitsplätze am Schicksal von FORWISS insgesamt hängen, sitzt von den DoktorantInnen etwa jede zweite auf einer Projektstelle, die aus Drittmitteln finanziert wird. Das heißt (bei FORWISS meistens), ein Industriepartner führt mit einer Forschungsgruppe von FORWISS ein Entwicklungs- oder Forschungsprojekt durch, und bezahlt für die Dauer des Projektes die notwendige Anzahl von Stellen. Zum Beispiel gibt es eine Kooperation mit BMW in dem Projekt MOVIE, das in ferner Zukunft mal auf Autopiloten für Autos hinauslaufen soll. Eine zweite Form der Drittmittel kommt wieder aus staatlichen Fördermitteln, die an bestimmte Forschungsprojekte gebunden sind. So arbeitet FORWISS Passau in dem ESPRIT-Projekt KORSO mit, das Methoden zur Erstellung nachweislich korrekter Software erforschen soll.

Die Vergütung für staatliche und projektgebundene Stellen ist gleich und entspricht auch der Vergütung von Promotionsstellen an der Uni. Es arbeiten auch staatlich finanzierte Personen an den Projekten mit, damit die Arbeit gerecht verteilt wird, so daß auch die Projektleute promovieren können.

Vielleicht geht einigen LeserInnen das „große I“ auf die Nerven, darum kommt an dieser Stelle einiges über das Verhältnis der Geschlechter in FORWISS. Beginnen wir damit, wo die Welt noch „in Ordnung“ ist: die Profs sind Professoren, die Verwaltung ist weiblich, die Technik ist — männlich, ebenso der Geschäftsführer. In den Gremien sitzt nur eine Frau, das ist die Münchner studentische Vertreterin im Forschungskollegium, und die kommt leider selten bis nie. Aber der Frauenanteil unter den DoktorantInnen ist mit über 25% doch ganz schön hoch (der Studentinnenanteil im ersten Semester liegt derzeit bei 7%), allerdings mit beträchtlichen Unterschieden zwischen den einzelnen Forschungsgruppen.

Es wirft sich die Frage auf, wie sich dieses statistische Geschlechterverhältnis auf das Bewußtsein auswirkt. Das konnte ich ein wenig bei den Klausurtagungen des FORWISS 1989 und 1991 (s.u.) beobachten.

Die Professoren haben mitbekommen, daß es auch Mitarbeiterinnen gibt (klar, haben sie ja selbst eingestellt), und geben sich größtenteils Mühe, dies auch in ihrer Sprache zum Ausdruck zu bringen (z.B. durch Nennung beider Formen auch in der mündlichen Sprache).

Jedenfalls sind sie in dieser Hinsicht weiter, als manche ihrer Doktoranden, die bevorzugt von Mannjahren (Englisch „man-years“) u.ä. reden, was bei mir hauptsächlich Assoziationen an den Sturm und Drang weckt. Ich warte darauf, daß irgend jemand „we do not have enough manpower for this task“ mit „für dieses Vorhaben fehlt es uns an Manneskraft“ übersetzt.

Die Industrievertreter auf der Tagung konnten sich allerdings keine Frau als Abteilungsleiterin oder gar Unternehmerin vorstellen, ständig kam: „der Mann will...“, „der Mann braucht...“, „der Mann muß...“; mancher Mann kann wohl nicht anders. Sagt's, und sitzt im Raum mit sechs potentiellen Projekt-, Gruppen-, Abteilungs- oder Wasauchimmer-Leiterinnen — oder was denkt ein Industrievertreter, was eine Frau mit abgeschlossener Promotion macht?



Klausurtagungen

Damit sind wir bei dem für mich erbaulichsten Teil von FORWISS, den Klausurtagungen. Für mich als Außenstehenden sind diese Tagungen die beste Möglichkeit, einen Blick hinter die Kulissen werfen zu können, oder einfach mit den Leuten von FORWISS zu plauschen.

Die erste Tagung dieser Art fand im Oktober 1989 in Bad Windsheim statt, die zweite (meine letzte) diesen Oktober in „Bierhütte“ (Name des Ortes und des Hotels, klingt anheimelnd, nicht?) am Rande des Nationalparks Bayerischer Wald.

Die Tagungen zeichnen sich dadurch aus, daß sie zu den ganz seltenen Gelegenheiten zählen, bei denen (fast) alle an FORWISS Beteiligten an einem Ort versammelt sind. Der Zweck ist offensichtlich die Förderung der Kontakte der MitarbeiterInnen untereinander und die „Schaffung eines Wir-Gefühls“. Die anderen, vordergründig auffälligeren Zwecke, wie Zukunftsplanung, Arbeitskreise usw., sind daneben zweitrangig.

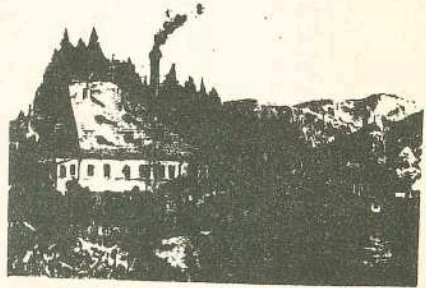
Wie läuft so eine Tagung ab? Der Rahmen muß stimmen, so auch das Rahmenprogramm: Wanderung, Romantikhotel mit passabler Küche, „Rittersaal“ für das gesellige Beisammensein, Vorträge (nicht nur für's Amüsement, aber schon auch).

Ansonsten Plenum, Arbeitskreise, Plenum, ... Vor Abschluß noch eine Firmenexkursion, um den Kontakt zur Realität und möglichen Projektpartnern (wieder?) zu finden.

Das Folgende ist all jenen gewidmet, die in irgendwelchen Initiativen, Alternativprojekten oder ähnlichem engagiert sind, und sich immer wieder über die Ineffizienz der Koordinationstreffen ärgern: Immer wieder driftet die Diskussion ab, dreht sich überproportional lange um Randprobleme, nur weil irgendeine DeppIn ihre Meinung zu Punkt 1.2.1.7 der Tagesordnung für so wahnsinnig wichtig hält. Ist es nicht so? Um es kurz zu machen: ich kann mich an kein Koordinationstreffen vergleichbarer Art erinnern, das in dieser Hinsicht an die erste Plenarsitzung in der Bierhütte herangereicht hätte, nicht einmal die Treffen der Fachschaftenkonferenz, die von der StuVe abgelöst wurde, und das will was heißen.



Romantik Hotel Bierhütte

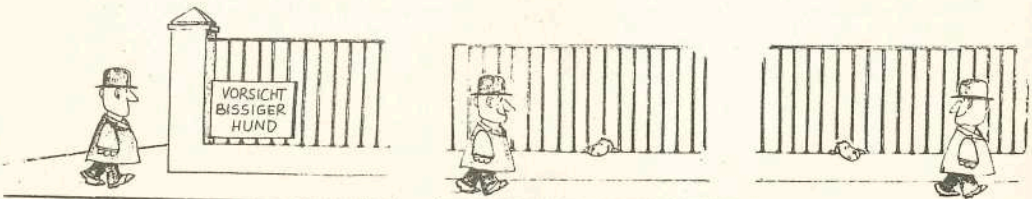


Bierhütte, K1, am 28.10: 40 Leute sitzen wie

gelähmt im Plenum, wissen, daß „das Einladen von Gastwissenschaftlern“ kein wirkliches Problem ist, daß auch die Frage nach dem richtigen „Einband von Publikationen“ besser im kleinen Kreis von 4 Leuten geklärt werden könnte, ...

Sind aber unfähig, das Zerrinnen der Zeit aufzuhalten, schon ist Kaffee-Pause. Auch Habilitation schützt übrigens nicht vor der Anfälligkeit für Detailfragen (Prof. Niemann bildet da eine Ausnahme). Kaffeepause überstanden, Kopfschütteln, Generve und Gezänke, weiter geht's.

Besorgte Frage: was soll mit den Ergebnissen der Arbeitskreise geschehen (auf deutsch: wem werden die tollen Ideen, die wir da entwickeln, zur Umsetzung aufgebrummt). Der Hintergrund: auf der Tagung in Bad Windsheim wurde vorher nicht geklärt, was mit den Ergebnissen der Arbeitskreise geschehen solle. So waren die Leute kreativ. Eine News-Gruppe (so Art elektronisches schwarzes Brett, eine schreibt, alle können lesen) sollte für FORWISS eingerichtet werden, regelmäßig (einmal im Monat) sollte es quasi Kurz-Vollversammlungen mit Workshops, Vorträgen usw. geben, einen sogenannten „Jour Fix“, TeX-Makro-Pakete für ein einheitliches Design der Publikationen, einen regelmäßig erscheinenden Newsletter, Schulungen für die Industrie, Public Relations usw.



Großes Programm. Nachdem alle AK's durch eine SprecherIn ihre Ergebnisse haben vortragen lassen, kam die Frage auf, wer das alles machen soll. Dann erzählte ein Wirtschaftsvertreter irgend etwas von „corporate identity“ (in Business-English sind diese Leute echt gut drauf), und man müsse sich mit seinem Unternehmen voll und ganz identifizieren (hat hier jemand „Freizeit“ gesagt?); kurz und gut, die Sprecher der AK's seien für die Umsetzung der Vorschläge verantwortlich. Lange Gesichter.

Naja, bei dieser Tagung wurde das Fazit gezogen, daß keine der Ideen länger als ein halbes Jahr durchgeführt wurde. Irgendjemand schlug vor, den „Jour Fix“ doch zu reanimieren — und erntete nur ein „das meinst Du nur, weil Du keinen miterlebt hast“.

Dieses Mal wurde vor den Arbeitskreisen festgelegt, daß die Sprecher verantwortlich wären. Ergebnis bleibt abzuwarten.

Durch die Tagung zog sich der Frust über die mangelnde Zusammenarbeit. Es gibt kaum standortübergreifende Projekte, die Forschungsgruppen sind hauptsächlich die verlängerten Arme der Lehrstühle (soviel zur Synergie!). Daß das anders werden soll, darüber herrschte Einigkeit. Nur der Weg! Immerhin stand am Schluß fest: eine Klausurtagung jährlich!

Exkursion zur Firma Schott, Beispiel einer (noch) erfolglosen Projektaquirierung.

Vermittelt von der IHK Niederbayern gab es für die TeilnehmerInnen an der Klausurtagung die Auswahl zwischen zwei Firmensexkursionen, nämlich zur Schott-Zwiesel-Glaswerke AG, 1200 MitarbeiterInnen, 180 Mio. Umsatz, und zur Sedelbauer AG. Ich nahm an ersterer teil.

Programm: Besichtigung der Hand- bzw. Mundfertigung (zum Genießen) und der automatischen Fertigung (zum genaueren Hinschauen). Einige hatten das falsch verstanden und machten gleich Vorschläge zur Rationalisierung der Handfertigung (aber das wollen wir doch gar nicht). (N.B. die sog. Handfertigung ist voll durchrationalisiert, alle Handgriffe der ArbeiterInnen sind standardisiert und aufeinander

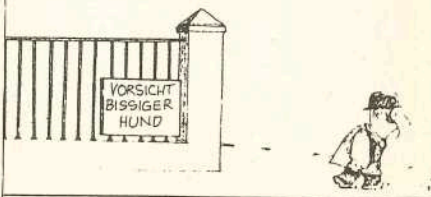
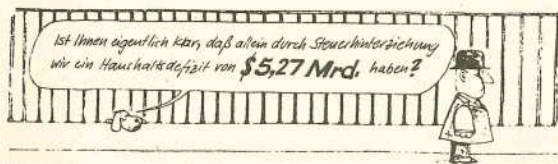
abgestimmt, jede Stunde wird gewechselt.) Die automatische Fertigung stößt auf neun Straßen insgesamt 300.000 Gläser am Tag aus, die Handfertigung nur ein paar tausend (Stückpreis für ein mundgeblasenes Sektglas bis zu DM 60).

Anschließend Diskussion mit Vertretern der Firma: Begrüßung, Rätselraten über die Bedeutung des Wortes „wissensbasiert“, mit dem die Glasmacher auf Anhieb nicht so viel anfangen können; aber hinter dem Mond leben sie offenbar auch nicht.

Ziemlich bald kommen die Gäste zur Sache: einer will gesehen haben, daß es einen sooo hohen Ausschuß gebe. Diskussion, ob 12% hoch ist. Ein Prof. merkt verständlich etwas über den Ausschuß in der Halbleiterproduktion an, der Name Siemens wird nicht genannt. Der Ausschuß sei im übrigen kein Abfall, sondern werde einfach wieder eingeschmolzen.

Dann Vorschläge zur effizienteren Lagerhaltung, „just-in-time-production“. Wieder nichts: Umbau an den Produktionsstraßen aus Kostengründen höchstens einmal am Tag, bei der Produktvielfalt werden manche Produkte nur einmal im Jahr gefertigt, Lagerhaltung ist zwingend.

Ob irgendwo irgendwelche Meßwerte erfaßt werden. Wenig.



Dann kommt die rettende Idee: am Ende der Produktionsstraße steht einer und guckt sich Gläser an; die schönen dürfen weiterfahren (in den Karton), die nicht so schönen werden wieder eingeschmolzen – Schott steht schließlich für Qualität. Dafür werden 80 Leute beschäftigt (wegen Schichten, Ausfall, Urlaub, ...). Ja, wenn wir die — aber wer wird denn gleich an Entlassen denken, das machen wir alles mit natürlicher Fluktuation (allgemeine Erleichterung). Jedenfalls sind das entscheidende Kosten und die internationale Konkurrenz schläft nicht. Allerdings stehen sie selbst in Japan (!) noch am Ende des Bandes und gucken.

Die WissenschaftlerInnen wittern Morgenluft: der Mann (!) am Ende des Bandes, was macht der? Der greift sich ein verdächtiges Glas heraus, dreht's und hält dabei den Kopf schief, und entscheidet dann, ob es schön genug ist. Aber wie?

Vielleicht kann man das Glas ja anschlagen und am Klang erkennen, ob es gut ist, so was können wir schon mit Motorgeräuschen. Gelächter. Nein, die Gläser sollen schön aussehen, dann klingen sie auch schon. Daß das ginge, stünde nur in der Bild-Zeitung (sic!).

Und Bildverarbeitung? Zweifel, ob alle Fehler in der Grauzone zwischen Gut und Schlecht erkannt werden können, und in der Grauzone liegen die meisten. Ein Schott-Mitarbeiter bekundete, schon Informationen über solche Möglichkeiten zu haben (Schock!). Eine solche Anlage brauche neun geschickt positionierte Kameras, gute Ausleuchtung, und koste (ohne Software) eine knappe Million. Den Gesichtern der anderen Schottler ist anzusehen, daß man so viel Geld (zum Vergleich der Nettogewinn 1990 lag bei 1,8 Millionen) nicht für ein Spielzeug von zweifelhaftem Nutzen ausgeben will.

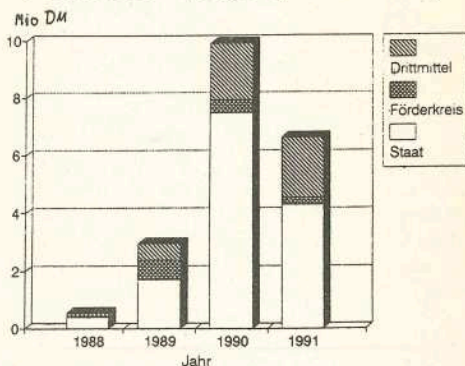
Man verabschiedet sich, freundlich aber bestimmt, mit beschränkter Hoffnung auf weitere Kontakte.

Take the money and run?

Worum geht es für uns InformatikerInnen bei FORWISS und ähnlichen Einrichtungen? Richtig, um Arbeitsplätze, Promotionsstellen, Forschungsgelder. Man soll doch froh sein, daß es sowas schönes gibt, auch die StudentInnen, die durch Studien- und Diplomarbeiten profitieren. Was gibt es also zu meckern?

Ich glaube, daß wir es hier tatsächlich mit Fragen zu tun haben, die unser Selbstverständnis berühren, denn von den Arbeitsplätzen profitieren wir alle. Das Geld, das der Spaß kostet (bei FORWISS werden sich bald 20 MegaMark kumuliert haben), kommt aber nicht aus dem Hut, es kommt aus dem Staatshaushalt und aus Industriekapital. Ganz ehrlich, neigen wir da nicht bisweilen, gegenüber den Geldgebern — ein ganz klein wenig — den Nutzen dessen, was wir mit dem Geld bewirken, zu übertreiben?

FORWISS - Träger (Einnahmen)



FORWISS hat bei seiner Gründung in Minister Wild ein williges Gegenüber gefunden, der gerne Geld in „innovative Technologien“ umlenkt, das eventuell auch woanders sinnvoll ausgegeben worden wäre, er ist halt technophil. Seine letzte Heldentat: als Vorsitzender der deutschen Raumfahrtbehörde hat er die Milliardenprojekte „Hermes“ und „Columbus“ (bemenschte Raumfahrt) für ein weiteres Jahr von Streichungen bewahrt. Der jetzt für FORWISS zuständige Minister Zehetmair ist nach eigenem Bekunden „mehr mit dem Herzen als mit dem Verstand“ dabei. Politik auf der Grundlage von Ideologien.

Soll also niemand sagen, „die in München werden schon wissen, warum sie dafür bezahlen“, die tun's ja auch nicht selbst (weder bezahlen noch wissen, d.S.).

Sie tun's, weil wir ihnen erzählen, eine objektorientierte Datenbank sei künstlich intelligent, und

KI ist zur Zeit derartig in, daß selbst CSU-PolitikerInnen schon mal was darüber in der FAZ oder „Bild am Sonntag“ gelesen haben.

Die Unternehmen bezahlen, weil wir ihnen erzählen (und weil es in „Capital“ steht), mit den Expertensystemen würden sie Kosten sparen können und in Japan angeblich auch schon Erfolge erzielt wurden.

Aber die (mittelständische) Industrie setzt für Projekte einen Zeitrahmen von zwei, drei Jahren an, und dann will sie Erfolge (am besten in Mark und Pfennig) sehen. Die Unternehmen bemerken natürlich, daß ein fahrerloses Auto, das auf einer leeren Autobahn mit einer Spitzengeschwindigkeit von 6km/h fährt und vor jedem Hindernis stehenbleibt, um erstmal 30 Minuten den günstigsten Ausweichwinkel zu berechnen, nicht der versprochene Autopilot ist, und drohen die Gelder zu streichen (BMW kann sich so einen Luxus selbstverständlich leisten).

Also muß ein neues Trendwort gefunden werden, unter dem die Projekte weiterlaufen können — Arbeitsplatzsicherung nennt man das.

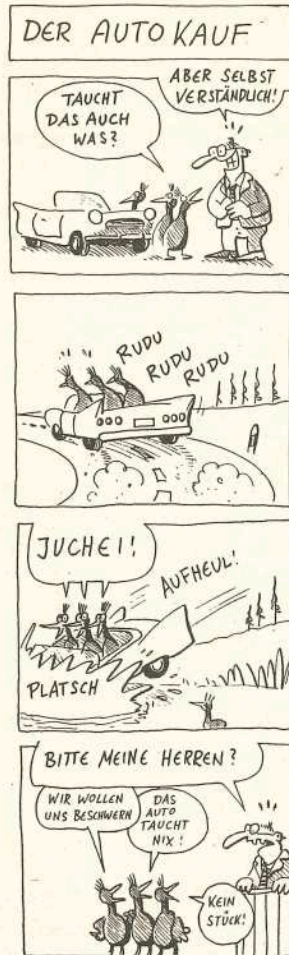
Richtig geraten, „Fuzzy Logic und Neuronale Netze“ sind angesagt, die sind noch künstlich intelligenter (Assoziation: Neuronen, Gehirn). Mit „FL und NN“, man ahnt es bereits, können enorme Kosten gespart werden und die Japaner...

Und natürlich ist FORWISS am Ball. Im April wurde ein Arbeitskreis „FL und NN“ gegründet und man führt schon intensive Gespräche mit der „Task Force Fuzzy“ von Siemens (auch dieses Jahr gegründet, 10 MitarbeiterInnen, und schon ein „corporate center of competence“) und anderen Firmen und dem Staat.

Zwar kamen auf der Klausurtagung Zweifel auf, ob in FORWISS überhaupt die „Wissensbasis“ für dieses Zeug vorhanden sei; sie konnten aber ausgeräumt werden: schließlich hat der für diesen Zweck eingestellte Leiter des AK's schon „eine Vorlesung über Neuronale Netze gehört“. Weiteres kompetentes Personal wird gesucht.



Peter



AUS FORSCHUNG UND TECHNIK

Von der Verantwortung des Wissenschaftlers

Verantwortung und Wissenschaft - Technik und Gesellschaft: Diese Themen werden von vielen WissenschaftlerInnen leider viel zu gerne vernachlässigt. Als Begründung ist immer wieder zu hören: "Wissenschaft an sich ist wertneutral. Wir sind nur für die Forschung zuständig, was andere Leute mit unseren Forschungsergebnissen machen, dafür sind wir nicht verantwortlich." - und - "Über die Verantwortbarkeit des Einsatzes unserer Erfindungen zu entscheiden, ist nicht unsere Aufgabe, sondern die der PolitikerInnen. Wir liefern nur das know-how."

Die folgende Rede des Münchner Physiologieprofessors Roland Scholz setzt sich mit der Verantwortung der WissenschaftlerInnen auseinander und kritisiert die Scheuklappenmentalität vieler WissenschaftlerInnen gegenüber den (gerne als "Nebenwirkungen" abgewerteten) Auswirkungen ihres Tuns. Sie wurde am 22.9.1991 anlässlich einer Preisverleihung des IPPNW (Internationale Vereinigung von Ärzten für die Verhütung des Atomkriegs) in Berlin gehalten.



Die Menschheit bereitet die Menschheitsvernichtung vor, die Tötung alles Lebens, – und wir liefern dazu die Werkzeuge. Mit diesem Satz beschreibt der Nobelpreisträger HANNES ALFVEN, Professor für Physik an der Technischen Hochschule Stockholm, unsere Situation. Die Gefahr der Menschheitsvernichtung – sei es plötzlich, im atomaren Holocaust, oder schleichend, durch die Verseuchung der Erde mit Radioaktivität und chemischen Giften, – ist ein Ergebnis des sogenannten wissenschaftlichen Fortschritts. ALFVEN sagte dies 1983 auf jenem denkwürdigen Kongreß "Verantwortung für den Frieden" in Mainz. 3000 Naturwissenschaftler waren auf dem Höhepunkt der Nachrüstungsdebatte gekommen, um sich wissen zu machen und gemeinsam gegen die Atomrüstung zu protestieren. Lieferanten für Tötungswerkzeuge, so ALFVEN, sind nicht nur die Wissenschaftler aus dem Bereich der Angewandten Forschung und der Ingenieurwissenschaften, die ihr Wissen und Können für wirtschaftliche, militärische und politische Zwecke einsetzen, sondern auch die Vertreter der reinen Naturwissenschaft. *Wir alle sind beteiligt an dieser verhängnisvollen Entwicklung.*

Vor 8 Jahren waren es vorwiegend Grundlagenforscher, die bereit waren, den Elfenbeinturm zu verlassen. Damals ein wichtiger Schritt! Doch wir sollten uns nichts darauf zugute halten; denn unsere Mittäterschaft ist indirekt. Wir empfinden sie nicht hautnah. Außerdem läßt sich leicht protestieren und Verweigerungserklärungen unterschreiben, wenn es die Existenz nicht berührt.

In Mainz fehlten die Vertreter der Ingenieurwissenschaften, insbesondere die Forscher aus der Rüstungsindustrie. Verständlich; denn Zweifel an der Richtigkeit des eigenen Tuns, erst recht das öffentliche Eingeständnis, beeinträchtigen die Leistung und gefährden die Existenz. Erst in jüngster Zeit beginnt auch dort ein Nachdenken.

Trotz der Fortschritte bei Abrüstungsbemühungen, – die Vorbereitungen zur Menschheitsvernichtung laufen unvermindert weiter. Zwar ist die atomare Bedrohung heute weniger brisant als noch vor wenigen Jahren. Die Mittelstreckenraketen sind beseitigt, jedoch nicht ihre Sprengköpfe; die warten auf Wiederverwertung bei neuen Trägersystemen. Die Gefahr des atomaren Holocaust durch einen Krieg aus Versehen ist dadurch weniger akut, zumal auch die Atommächte nicht länger in gespannter Nervosität voneinander lauern. Dennoch, die Gefahr besteht, so lange es Atomwaffen geben wird. Der Vertrag, der eine Halbierung der Interkontinentalraketen vorsieht, wird gefeiert – ohne zu erwähnen, daß nach wie vor atomare und chemische Massenvernichtungsmittel in Mengen bereit gehalten werden, von denen 1 bis 2 % ausreichen, die menschliche Zivilisation auszulöschen. Obwohl die Konfrontation der Supermächte überwunden zu sein scheint, obwohl das christliche Abendland nicht länger gegen die aus Osten anbrandende rote Flut verteidigt werden muß, obwohl das vorhandene Arsenal für Paraden und Grenzsicherung ausreichen sollte, – es wird weiter gerüstet. Längst hätte der Jäger-90 nach der Methode Wackersdorf-Kalkar beerdigt werden können; doch man klammert sich an dieses 100-Milliarden-Mark-Projekt, als hinge unser Überleben davon ab.

Die Rüstungsspirale dreht sich weiter – wie zur Zeit des Kalten Krieges. Jahrelang mußte zur Begründung das Feindbild im Osten erhalten. Seitdem es schwindet, wird schleunigst im Süden ein Neues aufgebaut. Nun heißt es, wir müßten nachrüsten, weil die Entwicklungsländer mit unseren Hightech-Waffen vorgerüstet hätten.

Es ist, als ob ein Irrsinn die Menschheit befallen hätte (ALFVEN). Wir verfeinern ununterbrochen die Tötungsmaschinerie und vergeuden menschliche Kreativität und natürliche Ressourcen. In den USA ist jeder zweite Physiker, direkt oder indirekt, mit Waffenentwicklungen befaßt. Die jährlichen Rüstungsausgaben, weltweit, haben längst die 1000-Milliarden-Dollar-Marke übersprungen; mehr als 10% entfallen auf Entwicklungskosten. Ein Drittel des Forschungsetats im Bundeshaushalt dient, offen oder verschleiert, diesem Zweck. Wir könnten wahrlich Reichtum und Intelligenz besser nutzen!

Auch wenn es gelänge, die Tötungsmaschinen unter Kontrolle zu halten, sie nur als Prestigeobjekte beim Manöverspielen einzusetzen, sie töten, indem sie vergeuden, was anderswo fehlt. Mehr noch, sie töten, indem wir sie der Dritten Welt aufschwätzen, die wir militarisieren, statt zu entwickeln. Den Kurzzeitgewinn an Arbeitsplätzen und Wohlstand werden wir noch bitter bereuen.

Das ist die Situation. Wem ist sie anzulasten? Wo ist die Stelle, an der sich der Teufelskreis unterbrechen ließe?

GENERAL EISENHOWER warnte bei seinem Abschied vor dem **militärisch-industriellen Komplex**, – jener Kumpanei, die dem Militär Einfluß und der Industrie satte Profite verschafft. Das Militär liefert die Bedrohungsanalysen; die Industrie stellt daraufhin das entsprechende Instrumentarium bereit. Und umgekehrt: Die Industrie konstruiert ein Szenario mit zugehörigem Instrumentarium; das Militär sieht daraufhin die Erfüllung des Verteidigungsauftrages in Gefahr. Es ist dann Sache der Politik, die jeweiligen Forderungen als nationale Notwendigkeit zu verkaufen.

In dieser Kumpanei bleibt eine Komponente ungenannt: Der Teufelskreis wird angetrieben durch den rasanten technisch-wissenschaftlichen Fortschritt; er wird ermöglicht – gewollt, ungewollt – durch *das Geschlecht erfinderischer Zwerge*, wie Bertolt Brecht boshaft unsere Zunft nannte. Ohne die Effizienz des heutigen Forschungsbetriebes, unter dessen Zwänge wir uns freiwillig stellen, und ohne unser Mitmachen oder Schweigen gäbe es keine Eskalation der Rüstung. Es ist in Wirklichkeit ein **militärisch-industriell-wissenschaftlicher Komplex**.

Ein destruktives Potential liegt bereits im Wesen der Naturwissenschaften. Ihr hehres Ziel ist, die Welt zu verstehen, genauer: die Natur berechenbar zu machen, zum Nutzen der Menschheit. Erkenntnis ist wertneutral. Das erkenntnisleitende Interesse in der Grundlagenforschung wird jedoch – allein durch die Art der Forschungsförderung – mehr und mehr von Nutzungsinteressen bestimmt (GÜNTER ALTNER). Erkenntnisgewinn beinhaltet letztlich die Ausbeutung der Natur. Wenn dies nicht mit Maßen geschieht, nicht mit Blick auf globale Zusammenhänge und Langzeitfolgen, gefährden wir unsere Lebensgrundlagen.

Zwei Beispiele sollen das Problem beleuchten: FRITZ HABER konnte bei seinen Untersuchungen zum Ammoniakgleichgewicht nicht wissen, daß er damit das Kriegsführen ohne Limitierung durch Explosivmittel und letztlich auch – über die Düngemittelproduktion – die Bevölkerungsexplosion ermöglichte. OTTO HAHN erkannte erst spät, was in der Spaltung des Atomkerns steckt: Atombombe, Energiegewinnung, Verseuchung der Erde mit Radioaktivität. Genauso wenig können wir heute wissen, welche Folgen die molekular-biologische Entschlüsselung des Erbguts haben könnte. HABERs und HAHNs Entdeckungen galten zunächst als Segen für die Menschheit, – bis sichtbar wurde, daß sie PANDORAs Büchse des Unheils geöffnet hatten. Warum soll es beim Manipulieren der genetischen Information anders sein?

BRECHT spricht vom *Geschlecht erfinderischer Zwerge, die für alles gemietet werden können*. Was kennzeichnet den Wissenschaftler, das für ihn eine Kumpanei mit Militär und Industrie empfänglich machen könnte? Vielleicht seine Anmaßung, er könne die Natur in den Griff bekommen? Oder die naive Freude am Lösen kleiner und kleinster Teilprobleme, wobei sich leicht der Blick auf das Ganze verstellt? Oder das Abstrahieren und Denken in Modellen, bis zur Fühlosigkeit gegenüber allem, was nicht in Zahlen faßbar ist? Oder seine Eitelkeit? Für Gewinn an Prestige, nicht unbedingt für Geld, ist er zu Höchstleistungen bereit. Oder seine Spezialisierung? Je erfolgreicher, um so begrenzter der Blickwinkel. Wer sich für Probleme jenseits der Labortür zu interessieren beginnt, hat den Zenith als aktiver Forscher bereits überschritten. Oder seine fanatische Besessenheit von einer Idee? Oder sein Unwillen, frühzeitig nach Konsequenzen zu fragen?

Wenn heute Anlaß zur Sorge besteht, ob die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen nicht bereits irreparabel beschädigt sind, so ist dies eine Folge des allgemeinen Unvermögens, über einen kurzfristigen Gewinn hinaus zu denken. Wir Naturwissenschaftler haben daran einen wesentlichen Anteil. Wie die Zauberlehrlinge setzen wir etwas in die Welt, - Radioaktivität, zum Beispiel, oder Pestizide im Chemiekrieg gegen die Natur; - andere mögen die Folgeprobleme lösen! *When the rockets are up, who cares, where they come down. That's not my department, says Wernher von Braun*. So singt TOM LEHRER. Unsere Zunft bestimmt entscheidend das Fortschreiten der menschlichen Gesellschaft; doch unser Bewußtsein für gesellschaftliche Verantwortung ist nicht hoch entwickelt. Im militärisch-industriell-wissenschaftlichen Komplex ist Wissenschaft sicherlich eine wesentliche Komponente.

Wie kommen wir aus dem Teufelskreis heraus? Ein wichtiger Ansatzpunkt wäre eine neue Ethik der Wissenschaft. Wir brauchen den hippokratischen Eid der Naturwissenschaftler, einen Grundkonsens, wie bei den Ärzten, dem sich jeder freiwillig unterwirft. Voraussetzung wäre zunächst die kritische Auseinandersetzung mit unserem Tun, wobei mir folgende Thesen wichtig erscheinen:

Erstens, naturwissenschaftliche Erkenntnis beinhaltet die Ausbeutung der Natur und wirkt somit zerstörend. Dieses Grundverständnis sollte den Wissenschaftler bei Auswahl und Ausmaß seiner Forschung leiten.

Zweitens, *es geht nicht mehr darum, die Welt zu verbessern, sondern sie zu verschonen* (HANS MAGNUS ENZENSBERGER), verschonen von und vor unserer Hyperaktivität. Denn: *Fortschritt darf nicht länger verstanden werden als ein Vordringen des technisch Machbaren um jeden Preis, sondern als ein Fortschreiten zu mehr Menschlichkeit* (OSCAR LAFONTAINE).

Drittens, *wir wissen bereits das Hundertfache dessen, was wir wissen müssen; was uns fehlt, ist die Fähigkeit zu lernen und bewegt zu werden von dem, was wir wissen*. (Inschrift im FRIEDENSMUSEUM von HIROSHIMA).

Viertens, ohne eine Folgenabschätzung, die globale und zukünftige Konsequenzen berücksichtigt, darf kein Projekt beforscht werden.

Fünftens, spekulative Absichtserklärungen sollten unterbleiben. Ein Beispiel: "Heilung von Erbkrankheiten durch Gentechnologie". Damit werden falsche Hoffnungen geweckt und, meines Erachtens, in unlauterer Weise Forschungsgelder locker gemacht. Nebenbei, wenn man bedenkt, daß täglich Zehntausende von Kindern verhungern oder an Infektionen sterben, denen leicht geholfen werden könnte, dann erscheint mir eine Forschung mit diesem Ziel unverantwortlich. Zudem wäre es lohnender, das Erbgut-schädigende Potential in der Welt - Radioaktivität, Umweltgifte - nicht weiter zu vermehren, statt an der Keimbahn zu basteln.

Die Naturwissenschaftler-Initiative "Verantwortung für den Frieden" hat 1984 eine **Verpflichtungserklärung** erarbeitet, die den Charakter eines hippokratischen Eides hat. Sie lautet:

"Ich erkenne an, daß mir aus meiner Tätigkeit als Naturwissenschaftler(in), Ingenieur(in) oder Techniker(in) eine spezielle Verantwortung gegenüber der menschlichen Gesellschaft und der Umwelt erwächst.

Ich verpflichte mich, meine Kenntnisse nicht im Widerspruch zu den Gesetzen der Menschlichkeit anzuwenden und einer Nutzung von Ideen, Erkenntnissen und Entdeckungen, die zur Schädigung oder gar Vernichtung menschlichen Lebens oder zur lebensfeindlichen Störung natürlicher Gleichgewichte beitragen könnten, entgegenzuwirken.

Insbesondere verpflichte ich mich, nicht an der Entwicklung, Herstellung und Anwendung von Massenvernichtungswaffen mitzuarbeiten.

Ich werde mich bemühen, diesen Grundsätzen in Forschung und Lehre und auch in meinem direkten Umfeld Geltung zu verschaffen."

Wenn es gelänge, dieser Erklärung weltweit Anerkennung zu verschaffen, wäre die Rüstungsspirale an einer entscheidenden Stelle unterbrochen, der militärisch-industrielle Komplex würde mangels Instrumentarium austrocknen. Nicht nur das. Der hemmungslose Mißbrauch von Technik und Wissenschaft – im Interesse eines fragwürdigen Wohlstandes der reichen Industrienationen – könnte eingedämmt werden, wenn viele sich verweigern.

Doch das ist vorerst Utopie. Wir müssen uns auf viele kleine Schritte einstellen, auf erheblichen Widerstand der Kollegen in der Industrie, nicht nur der Rüstungsindustrie. ALBERT EINSTEIN sagte: *Nicht die Atombombe ist das Problem, sondern das Herz der Menschen.* Das gilt genauso für Jäger-90, Atomenergie, Gentechnologie, Inflation des Verkehrs, Chemiekrieg gegen die Natur. Das Herz aber ist schwerer zu bewegen als der Verstand.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, möchte ich betonen: Wir brauchen ein neues Bewußtsein, ein neues Wissenschaftsverständnis, eine Ethik des Wissenschaftlers und Ingenieurs. Wir fordern nicht die Arbeitsverweigerung! Zu solch einer rigorosen Forderung hätten diejenigen, die draußen – außerhalb der Rüstungsindustrie – stehen, kein Recht! Wer mit seinem Gewissen nicht länger vereinbaren kann, an Rüstungsprojekten und Waffenexporten mitzuarbeiten, der muß seinen Arbeitsplatz aufgeben. Wir werden für ihn eintreten und helfen. Er selbst muß aber wissen, daß ihn sofort ein anderer ersetzen wird und sein Opfer friedenspolitisch wenig bewirkt. Jedoch am Arbeitsplatz, als ständiges Ärgernis für die einen und als Mut machendes Beispiel für die anderen, läßt sich langfristig mehr Einfluß auf die Politik, auch auf die Firmenpolitik, nehmen, als wenn wir uns ausgrenzen. Wer sich ausgrenzt oder ausgrenzen läßt, der setzt im Moment zwar ein Signal; doch auf die Dauer fällt er aus im gemeinsamen Ringen um eine bessere Zukunft. Arbeitsverweigerung hätte nur dann einen Sinn, wenn gleichzeitig viele Tausende – zum Beispiel im Mercedes-Imperium – sich gegen die Rüstungspolitik auflehnen. Doch dann müßten draußen auch viele Tausende sich weigern, *die lackierten Kampfhunde* (DIE ZEIT) dieses Konzerns zu kaufen.

Der Weg dahin ist lang und mühsam. Wir müssen ihn gehen; denn er enthält eine Chance, die *Vorbereitungen zur Menschheitsvernichtung* abzubrechen.

Prof. Scholz ist Extraordinarius für Physiologische Chemie am Institut für Physiologische Chemie, Physikalische Biochemie und Zellbiologie der LMU München. Er beschäftigt sich seit über 20 Jahren mit Radioaktivität und Strahlenschutz, ist Mitglied der BUND-Strahlenkommission und Autor verschiedener Broschüren, die sich u.a. mit der Strahlenschutzverordnung und den Folgen der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl beschäftigen. Wir danken Herrn Scholz für die Überlassung des Manuskripts seiner Rede und die Erlaubnis zum Abdruck.

Mensa-Schnipsel

Am 3., 4. und 5..12. werden jeweils um 10.00Uhr wieder Mensaführungen stattfinden. Treffpunkt ist der Lieferanteneingang der Südmensa in der Erwin-Rommel-Str.



Statt eines geplanten Mensa-Gesprächs wird es am 11.12. um 14.00Uhr eine Mensa-Podiumsdiskussion mit Themenschwerpunkt Müll geben (Raum wird noch bekanntgegeben). Auf dem Podium sitzen bisher Herr Bohn (AGT, Stube), (Mensa-Häuptling) und Gunther HerrWelscher. Gesucht werden noch eine Diskussionsleitung und, falls existent, jemand, der/die Speisen und Getränke aus Kunststoffbehältern in der Mensa für nötig hält.

Vor dieser Podiumsdiskussion soll eine Aktion stattfinden mit dem Motto "Müllvermeidung ist besser als jede Wiederverwertung".

Ansprechpartner sind:

Für die Mensaführungen:

Gerhard Runze, Tel. 0911/222214

Für Podiumsdiskussion und Aktion:

Matthias Striebich, Tel. 09192/358



Maßnahmenkatalog die zweite ...

In letzter Minute erreichte uns (diesmal sogar offiziell von der Unileitung) ein neues Machwerk des Kultusministeriums zur Studienzeitverkürzung: Ein „Aktionsprogramm zur Verkürzung der Studiendauer an den Universitäten in Bayern“ (das klingt doch gleich viel positiver als „Maßnahmenkatalog“). Es handelt sich dabei um das Ergebnis der Stellungnahmen der Unis zum Maßnahmenkatalog vom vergangenen Jahr. Die Unis werden „gebeten“, die „Empfehlungen“ in „Modellversuchen“ umzusetzen. Bis Ende 1992 soll über den Erfolg Bericht erstattet werden, eine wie schon beim Maßnahmenkatalog viel zu kurze Frist, um tatsächlich Auswirkungen festzustellen. Doch diesmal ist das Ministerium sogar bereit, Geldmittel springen zu lassen, z.T. allerdings nur für einige „exemplarische Modellversuche“. Eventuell läßt sich sogar die Studienreform Informatik darüber finanzieren.

Es folgt nun eine kurze Zusammenfassung der „Empfehlungen“, der gesamte Katalog ist auf den folgenden Seiten abgedruckt (Hervorhebungen durch die Redaktion). Insgesamt finden sich im „Aktionsprogramm“ viele Anregungen aus dem Maßnahmenkatalog wieder. Einige wurden, wohl aufgrund des zu großen Widerstands seitens der Hochschulen, wieder fallengelassen, so etwa die (bei uns bereits eingeführt!) Regelung, benotete Scheine nur zweimal wiederholbar zu machen. Neu hinzugekommen sind dafür die beiden fett gedruckten Forderungen, die eine wesentliche Verschärfung gegenüber dem Maßnahmenkatalog bedeuten.

1. Studienberatung und StudentInnenbetreuung:

- Verstärkung der Studienberatung
- Einführung von Tutorien (speziell fürs Grundstudium). Begrenzte Mittel für entsprechende „Modellversuche“ sind vorhanden (Anträge müssen bis spätestens 31.1.92 gestellt werden)

2. Revision der Studieninhalte und des Lehrveranstaltungsangebots

- Spezialwissen in Wahlveranstaltungen abschieben
- Festlegen von Höchstgrenzen für Semesterwochenstunden
- Verschulung des Grundstudiums
- Aufstellung von Studienplänen und Studienordnungen

- Studienordnungen für Magisterstudiengänge

3. Überprüfung von Studienleistungen (Übungen, Praktika, Seminare etc.)

- Reduzierung von Pflicht-Scheinen (max. 2 pro Semester)
- Zusätzliche Hilfskräfte für Übungen, Praktika, Seminare (Geld scheint auf Antrag abrufbar zu sein)

4. Straffung von Prüfungsverfahren

- Möglichkeit des Rücktritts von Prüfungen bis n Tage vor der Prüfung
- Blockprüfungen bleiben erhalten
- Bei weniger als 5 Teilprüfungen keine Aufteilung
- Aufteilung nur innerhalb der Regelstudienzeit möglich. Wer die Regelstudienzeit überschreitet, soll alle bis dahin noch nicht abgelegten Prüfungen in einem Block ablegen
- Stärkere Einschränkung der Dauer der Diplomarbeit (evtl. zeitlich und inhaltlich abspecken)
- Bedenken gegen die sog. Freischußregelung (offenbar juristischer Art, dafür wäre Gesetzesänderung nötig)
- Unis sollen kürzere Überschreitungsfristen der Regelstudienzeit festlegen können (dazu allerdings BHG-Änderung notwendig; derzeit betragen die Fristen laut BHG je 2 Semester für's Grund- und Hauptstudium)

5. Anreize für StudentInnen zu einem früheren Studienabschluß

- Auf Wunsch Aufnahme der Fachstudiendauer ins Abschlußzeugnis
- Geldpreise für kurzes Studium durch den Stifterverband für die deutsche Wissenschaft
- Vergabe von DoktorandInnenstipendien unter Berücksichtigung der Studiendauer

AKTIONSPROGRAMM

ZUR
VERKÜRZUNG DER STUDIENDAUER
AN DEN
UNIVERSITÄTEN IN BAYERN

I. AUSGANGSLAGE

Der Trend zu ständig längeren Studienzeiten hält weiter an. Auch in gleichen Fächern, insbesondere solchen mit im wesentlichen gleichen Prüfungsordnungen, sind erhebliche Unterschiede in den Studienzeiten an den einzelnen Hochschulen zu verzeichnen (Bericht der Kultusministerkonferenz zur Studienzeitverkürzung, beschlossen am 21./22.02.1991).

Die Wirtschaft signalisiert seit Jahren, daß Hochschulabsolventen beim Berufseintritt im Durchschnitt zu alt seien. Bei allzu spätem Berufseintritt würden wichtige Qualifikationen, wie z.B. Risikobereitschaft, Kreativität, Flexibilität, verkümmern. Ein zügig absolviertes Studium sei deshalb erwünscht.

Der Hinweis auf das Alter der deutschen Hochschulabsolventen erhellt durch Vergleiche mit dem Alter von Hochschulabso-

venten aus benachbarten EC-Mitgliedstaaten eine neue Qualität. Man befürchtet Wettbewerbsnachteile für Deutsche Hochschulabsolventen. (Neuere Untersuchungen zeigen allerdings auf, daß hier nach Staaten und Berufsgruppen sorgfältig differenziert werden muß.)

Wachsende Studienzeiten bei kontinuierlich hohen Studentenzahlen, fortdauernder Überlast in zahlreichen Fächern sowie enormen Ausgaben der Länder für die Hochschulen führten zu einer Reihe von hochschulpolitischen Aktionen. Insbesondere sind aus neuerer Zeit zu nennen:

- Die Kultusministerkonferenz hat im Oktober 1988 23 Empfehlungen zur Studienzeitverkürzung verabschiedet. Im November 1989 folgten Beschlüsse zur Konkretisierung und Umsetzung dieser Empfehlungen durch die Hochschulen und zuständigen Länderminister.
- Die Kommission der Bayerischen Staatsregierung zu Hochschulschul- und Bildungsfragen hat Maßnahmen zur Verkürzung der Hochschulausbildung vorgeschlagen. Der Ministerrat hat daraufhin am 20.03.1990 das Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst beauftragt, auf die Umsetzung dieser Maßnahmenvorschläge hinzuwirken.
- Der Bayerische Landtag hat mit Beschluß vom 04.04.1990 (Drs. 11/15902) die Staatsregierung ersucht, die Hochschulen anzuhalten, alle organisatorischen Maßnahmen zu treffen, um die tatsächliche Studiendauer deutlich an die Regelstudienzeit heranzuführen ...
- Mit Schreiben vom 4. Oktober 1990 ("Maßnahmenkatalog") wurden die bayerischen Universitäten zu Vorschlägen des Ministeriums über Möglichkeiten zur Verkürzung des Studiums angehört.

Beispielhafte Aktionen und Erfolge einiger Fakultäten relativieren die von Hochschulseite häufig vorgetragene Behauptung, hohe Studentenzahlen bei nicht angemessener Ausstattung mit Personal, Räumen und Sachmitteln führten zwangsläufig zu immer längeren Studienzeiten. Sie belegen, daß eine grundlegende Überprüfung mit dem Ziel der Straffung von Studieninhalten und Lehrveranstaltungen, eine zügige Abfolge der Prüfungen und eine gleichmäßig konsequente Anwendung des Prüfungsrechts ihre Wirkung nicht verfehlen, und zu kürzeren Studienzeiten beitragen können.

Es liegt deshalb nahe, das Ergebnis der Hochschulbefragung, insbesondere auch die zahlreichen Anregungen der Hochschulen, in ein Aktionsprogramm zusammenzuführen.

II. ZIEL DES PROGRAMMS

Ziel des Programms ist, die "Ist-Studienzeiten" wieder deutlicher an die "Soll-Studienzeiten" heranzuführen. Die Regelstudienzeit soll also nicht verkürzt werden.

Die Qualität des Universitätsstudiums zu erhalten, bleibt vorrangig. Einige beispielgebende Studiengänge an bayerischen Universitäten bestätigen, daß auch bei bundesweit kürzester durchschnittlicher Fachstudiendauer das anerkannte Qualitätsniveau der Studienabschlüsse gehalten werden kann (z.B. Elektrotechnik an der TU München oder Betriebswirtschaftslehre an der Universität Bamberg).

Das Programm wird spürbar wirken können, wenn möglichst viele Maßnahmen konzentriert und bald ergriffen werden. Im Detail bedarf es primär des Sachverständigen und des Engagements aller Verantwortlichen in den Hochschulen.

Das Programm setzt deshalb auf die Hochschulautonomie, auf Maßnahmen zur Studienzeitverkürzung im Rahmen selbstverantwortlicher Aufgabenerfüllung. Es wendet sich an Hochschullehrer, Fakultäts- und Hochschulleitungen, die hier besondere Verantwortung tragen. Es ruft die Studentinnen und Studenten auf, Möglichkeiten und Anreize für ein zügiges Studium wahrzunehmen.

III. AKTIONEN

Auf der Basis der Hochschulanbahnung werden folgende Aktionen empfohlen:

1. Studienberatung und Studententbetreuung (Art. 78 BayHSchG)

Ohne kompetente Beratung und Hilfestellung können Studenten in der Regel nicht effizient studieren. Sie bedürfen

- der Information über Anforderungen und Ziele der Studiengänge,
- der Beratung bei der Studienwahl und beim sinnvollen Aufbau eines Studiums (allgemeine Studienberatung zu Studienbeginn und Fachstudienberatung studienbegleitend, insbesondere bei der Wahl der Studienrichtung bzw. des Studienschwerpunkts im Hauptstudium)
- der Anleitung zum selbständigen Studium, sowie
- einer gewissen Betreuung und Hilfestellung bei Schwierigkeiten im Studienverlauf.

Zur Unterstützung und Erprobung studienzeitverkürzender Aktionen beabsichtigt das Ministerium im beschränkten Umfang und im Rahmen der vorhandenen Ansätze, zunächst begrenzt auf den Doppelhaushalt 1991/1992, Mittel für einige exemplarische Modellversuche bereitzustellen.

Gedacht ist an die Verstärkung von Studienberatungseinrichtungen oder an die Erprobung von Tutorien. Tutorien sollten studiengangsbezogen und mit erfahrenen Studenten höherer Semester oder wissenschaftlichen Hilfskräften ausgestattet werden. Primär sollten sie Studiengruppen des Grundstudiums (ab dem 1. Semester) beraten, Orientierungshilfen über Studieneinrichtungen, Studienaufbau, Arbeitsmethoden geben und zu Eigeninitiative und Selbständigkeit anleiten. In einer locker gestalteten studienbegleiteten Betreuung über mehrere Semester könnte insbesondere auf ein zügiges Studium hingewirkt und bei Studienschwierigkeiten Hilfestellung gegeben werden.

Die nähere Ausgestaltung und organisatorische Anbindung von Tutorien sollen die Hochschulen vorschlagen.

Entsprechende Anträge können nur bis zum 31.01.1992 beim Ministerium eingereicht werden. Der Antrag soll u.a. enthalten: Kurze Beschreibung des Vorhabens, Art, Gegenstand und Umfang der Lehrveranstaltung, auf die sich das Vorhaben bezieht; wer für das Vorhaben verantwortlich ist; Zahl der erfaßten Studenten und Betreuungsrelation; Bedarf an Hilfskräften.

2. Revision der Studieninhalte und des Lehrveranstaltungsangebots

Hochschullehrer und Studenten müssen sich darüber klar sein, was das Studium unter Beachtung des angestrebten Ausbildungsziels beinhalten muß und wie es unter Beachtung der zeitlichen Rahmenvorgaben zu gestalten und zu organisieren ist. Entsprechende Maßnahmen hierzu dienen nicht der Verschulung des Studiums, sondern der Schaffung essentieller Voraussetzungen für Studienberatung, Lehre, Studium und Prüfungen. Nach dem Ergebnis der Hochschulbefragung und des Symposiums des Stifterverbands für die

Deutsche Wissenschaft am 15.04.1991 in Bonn zur Studienzeitverkürzung wird folgendes empfohlen:

2.1 Für jeden Studiengang sind Studieninhalte und Lehrangebot zu überprüfen, ihre Notwendigkeit im einzelnen unter Berücksichtigung des Ausbildungsziels abzufragen (Art. 76 Abs. 1 BayHSchG). Jeder Fachvertreter muß bereit sein, im Interesse der stofflichen Begrenzung und Entlastung (Studienzeitverkürzung) und der Anpassung der Inhalte an neue Entwicklungen seine Lehre thematisch auf wesentliches zu beschränken oder aus dem pflichtfächerangebot herauszunehmen. Die Behandlung von Spezialwissen bzw. die fachliche Vertiefung ist auf Wahlpflichtfächer/Wahlfächer im Rahmen des Schwerpunkstudiums (Studienrichtungen) zu verlagern.

2.2 Das Lehrangebot muß auf die Studierbarkeit in der durch die Rahmenordnungen der Kultusministerkonferenz vorgegebenen Regelstudienzeit abgestimmt werden. Der Höchstumfang des Lehrangebots ist in Semesterwochenstunden festzulegen (Art. 72 Abs. 2 Satz 1, Art. 81 Abs. 3 Satz 2 Nr. 7 BayHSchG).

2.3 Es sind für alle Studiengänge übersichtliche Studienordnungen und Studienpläne zu erstellen, die auf die Anforderungen konsequent abgestimmt sind. Insbesondere empfiehlt es sich, das Grundstudium durch Vorgaben zur Abfolge der Lehrveranstaltungen stärker zu strukturieren (Orientierungs- und Planungshilfe für die Studenten). Flankierend muß das Lehrangebot für das jeweilige Semester möglichst überschneidungsfrei organisiert werden (Art. 73 Abs. 1 und 3 BayHSchG).

2.4 Prüfungsordnungen sind dem Überarbeitungsergebnis anzupassen, Studienordnungen entsprechend neu zu erlassen bzw. anzupassen (Art. 72, Art. 81 BayHSchG).

Aufwand kann je nach Lehrveranstaltung und Fach unterschiedlich sein. Das Angebot an Übungen und Praktika zum freiwilligen Besuch, was häufig im Interesse der Studenten liegt, kann selbstverständlich größer sein, sofern die erforderlichen Kapazitäten dafür vorhanden sind. Folgende Maßnahmen erscheinen angezeigt:

- 3.1 Überprüfung der Notwendigkeit und der Zahl der Pflicht-Studienleistungen; Festlegungen in Rahmenordnungen sind grundsätzlich einzuhalten.
- 3.2 Beseitigung von Engpässen bei Übungen, Praktika und Seminaren mit hohen Studentenzahlen.

|| Zur Vermeidung von Wartezeiten sollten gegebenenfalls zusätzliche Hilfskräfte zur Durchführung von Übungen, Praktika und Seminaren eingesetzt werden.

Der Bedarf ist unter Darlegung der bereits ausgeschöpften Möglichkeiten zur Behebung der nicht nur vorübergehenden Engpässe darzustellen.

4. Straffung von Prüfungsverfahren

Die ausufernden Prüfungsverfahren (einschließlich der Nachholung und Wiederholung von Prüfungen) stellen einen ganz wesentlichen Teil der studienzeitverlängernden Faktoren dar. Hier müssen Anstrengungen zur Verkürzung der Fristen und Zeiträume im Prüfungsablauf erheblich verstärkt werden.

Die Hochschulbefragung hat dazu folgendes ergeben:

- 4.1 Zum Problem Meldefristen und (mißbräuchlicher) Rücktritt von den Prüfungen:

2.5 Studienordnungen sind auch für die Fächer des Magisterstudiums zu erlassen. Einige wenige Fächer können davon ausgenommen werden (Art. 72 Abs. 1 Sätze 1 und 2 BayHSChG). Studienpläne sind zumindest für das Grundstudium jedes Magisterfaches aufzustellen. Die notwendigen Grundlagen und die dazu regelmäßig angebotenen Lehrveranstaltungen für eine spätere Vertiefung des Fachstudiums lassen sich auch für das Magisterstudium relativ präzise umschreiben. Die von den Philosophischen Fakultäten dagegen erhobenen Einwände erscheinen für die überwiegende Zahl der Magisterfächer nicht stichhaltig. Es gibt bereits Studienordnungen für eine Reihe von Fächern des Magisterstudiums. Viele Institute geben bereits ausführliche Empfehlungen über die Mindestanforderungen des Fachstudiums und Studienplanbeispiele heraus, die bei näherer Präzisierung in einen Studienplan bzw. eine Studienordnung überführt werden könnten.

3. Überprüfungen von Studienleistungen (Übungen, Praktika, Seminare etc.)

Die Zahl der Pflicht-Studienleistungen (Zulassungsvoraussetzungen zu den Prüfungen) beeinflusst die Studiendauer maßgeblich. Engpässe und Wartezeiten bei Seminaren, Übungen und Praktika führen häufig zu Warteschleifen, die ein Studium um ein oder mehrere Semester verlängern. Geforderte Leistungen, wie Hausarbeiten, Klausuren, Vorträge etc. nehmen Studenten oft so in Anspruch, daß für das übrige Studium kaum Zeit bleibt und deshalb das Studium verlängert wird. Häufig müssen Versuche zum Scheinwerb wiederholt werden.

Deshalb sollten Pflichtnachweise (Scheine) für die Zulassung zu den Prüfungen auf in der Regel zwei pro Semester beschränkt werden. Diese Zahl ist jedoch nicht schematisch zu handhaben. Der mit dem Scheinwerb verbundene

Bei meist sehr früh angesetzten Meldeterminen zu den Prüfungen können Studierende oft noch nicht hinreichend abschätzen, ob sie mit den nötigen Vorbereitungen bis zum Examenstermin fertig werden oder noch erforderliche Scheine rechtzeitig beibringen können. Im Zweifel werden sie entweder gleich den Prüfungstermin verschoben oder versuchen, von den Prüfungen kurz vor ihrem Beginn zurückzutreten. In diesem Zusammenhang sind Krankmeldungen in großer Zahl besonders auffällig; ihre Nachprüfung ist verwaltungsaufwendig, ihre Berechtigung trotz häufiger Zweifel oft nicht widerlegbar.

Zur besseren Wahrung der Chancengleichheit von Prüfungskandidaten sollte das Problem wie folgt verringert werden:

Vorläufige Meldung zur Prüfung mit Widerrufsmöglichkeit bis zu einem verwaltungstechnisch festzulegenden Stichtag.

Regelungsbeispiel:

"Der zur Prüfung zugelassene Kandidat kann die Meldung zur Prüfung ohne Angabe von Gründen schriftlich bis zum Ende des Tages vor dem Beginn der Prüfung widerrufen. Art. 81 Abs. 4 Satz 2 BayHSchG bleibt unberührt."

4.2 Zum Problem der Aufteilung von Prüfungen in mehrere Abschnitte:

4.2.1 Die generelle Einführung von "Abschichtungsprüfungen" (Prüfung jeweils studienbegleitend am Ende der einschlägigen Lehrveranstaltung) wird für Universitäts-examen abgelehnt. Sie würde einerseits den Trend zur Verwahrung der Prüfungsfächer verstärken und andererseits die Qualität der Prüfungen (Leistungsgedanke) senken. Die nach Art. 80 Abs. 1 und 4 BayHSchG zulässige Teilung von Prüfungen in bis zu drei Abschnitte und die Möglichkeit der Entlastung der Prüfungen durch

studienbegleitende Leistungsnachweise, die unter Prüfungsbedingungen durchzuführen sind, erscheinen angemessen und ausreichend.

4.2.2 Der Effekt der Prüfungsaufteilung in mehreren Abschnitte wird von den Hochschulen unterschiedlich beurteilt.

Während die einen in der Zulassung von mehreren Abschnitten (je nach Zahl der Prüfungsfächer) eine Entlastung der Prüfungskandidaten sehen, die studienzeitverkürzend wirke, gehen andere wieder zu Blockprüfungen über, weil in großer Zahl versucht werde, die einzelnen Abschnitte (mit jeweils noch 2 - 3 Prüfungsfächern) im Wege der gezielten Krankmeldung zu unterlaufen. Die Prüfung könne dadurch um mehrere Semester verschleppt, faktisch eine gänzlich studienbegleitende Prüfung erzwungen werden. Härten bei der Blockprüfung könnten durch großzügigere Wiederholungsmodalitäten abgefedert werden.

Bei Prüfungen mit bis zu 4 Fachprüfungen empfiehlt sich die Blockprüfung, darüber hinaus die Teilung in Abschnitte. Wegen der allgemeinen Verzögerungsgefahr bietet es sich an, die Möglichkeit der Teilung von Prüfungen in mehrere Abschnitte nur bis zum Ende der Regeldauer des Grund- bzw. Hauptstudiums zuzulassen. Danach sollte der Student verpflichtet werden, die bis dahin noch nicht abgelegten Prüfungsfächer in einem Prüfungstermin erstmals abzulegen. Die Wiederholung der bis dahin nicht bestandenen Prüfungsfächer könnte in einen weiteren Termin zusammengefaßt werden.



4.2.3 Die Dauer der Diplomarbeit ist konsequent auf die Regelbearbeitungszeit zu beschränken; Verlängerungen dürfen in dem nach der jeweiligen Prüfungsordnung zulässigen Umfang nur in wirklich begründeten Ausnah-

meffallen gewährt werden. Das Thema der Arbeit ist entsprechend abzufassen. Die Einbeziehung der Studienabschlußarbeit in laufende Forschungsvorhaben ist ein für Student und Hochschullehrer gleichermaßen nützlicher Aspekt, sie ist jedoch thematisch und umfangmäßig auf die Zeitvorgabe der Prüfungsordnung und den Charakter einer Prüfungsarbeit mit wissenschaftlichem Anspruch zu begrenzen. Es empfiehlt sich, daß der Betreuer der Arbeit schon bei der Vergabe des Themas den Umfang der Arbeit, in geeigneten Fällen durch Angabe einer Richtseitenzahl, in etwa eingrenzt. Damit könnte der Hochschullehrer auch für sich selbst einen Beitrag zur Verminderung des Korrekturaufwands leisten. Die Festsetzung "angemessener Korrekturfristen" durch den Prüfungsausschuß wird allgemein für richtig gehalten.

4.2.4 Die Einführung des sog. Freischusses bei Diplom- und Magisterprüfungen nach dem Vorbild der Freischubregelung für die Erste Juristische Staatsprüfung (§ 2 Abs. 1 Satz 1 der VO vom 1. Juni 1990, GVBl S. 192) ist problematisch und derzeit nur in modifizierter Form (Erleichterungen bei der Wiederholung) möglich. Zum einen unterscheiden sich die Prüfungen strukturell erheblich voneinander, zum anderen stehen die Bestimmungen über die Wiederholung von Hochschulprüfungen (Art. 81 Abs. 3 Satz 2 Nr. 11 BayHSchG) einer entsprechenden Umsetzung entgegen.

Für die Durchführung des Freischusses in Massenfächern mit geteilten Prüfungen ergäben sich für die Prüfungsämter auch erhebliche Abwicklungsprobleme.

Es empfiehlt sich, für Hochschulprüfungen eine gesetzliche Sonderregelung für die Einführung des "Freischusses" in einer hinreichenden Umschreibung der

Tatbestandsvoraussetzungen und Rechtsfolgen einzuführen.

4.2.5 Wiederholung von Prüfungen

Notwendige Wiederholungen nichtbestandener Prüfungen bzw. Prüfungsteile führen oft zu erheblichen Verzögerungen. Sie sollten deshalb zeitlich gestrafft werden.

Bezüglich der Modalitäten für die 1. Wiederholung haben die Hochschulen einen großen Gestaltungsspielraum. Sie können verlangen, daß ein ganzer Abschnitt zu wiederholen ist, wenn eine Teilprüfung nicht bestanden ist, oder festlegen, daß nur die nichtbestandenen Fächer zu wiederholen sind; innerhalb dieser Alternativen haben sie weitere Variationsmöglichkeiten.

Eine allgemeine Empfehlung hierzu ist problematisch, da sie Besonderheiten der verschiedenen Studiengänge und die Erhaltung des Anforderungs- und Leistungs niveaus nicht voll berücksichtigen würde. Viele Hochschulen bzw. Fakultäten haben jedoch darauf hingewiesen, daß Wiederholungsregelungen, wonach die ganze Prüfung bzw. ein ganzer Prüfungsabschnitt zu wiederholen ist, wenn eine Teilprüfung nicht bestanden wurde, einen studienzeitverlängernden Effekt hätten. In diesen Fällen würden Studenten diese Regelung häufig durch gezielte Krankmeldungen (Rücktritt) unterlaufen oder die gesetzliche Jahresfrist zur Wiederholung für eine ausreichende Vorbereitungszeit voll ausnutzen. Es empfiehlt sich deshalb wohl eine leistungsgerechte Abstufung der Wiederholungsregelungen.

4.2.6 Zum Problem: Bewährungs- und Studienzeitstraffung und gesetzliche Überschreitungsrufen

Nach dem BayrischG können Studierende ohne Angabe von Gründen die Regelprüfungstermine verschleppen, die Frist für die Ablegung der Vor- oder Zwischenprüfung um bis zu zwei Semester, die Frist für die Ablegung der Studienabschlussprüfung um bis zu vier Semester. Erst nach Überschreiten dieser Fristen tritt die gesetzliche Sanktion ein, daß - wenn die Fristüberschreitung vom Studenten zu vertreten ist - eine Prüfung als abgelegt und erstmals nicht bestanden gilt (vgl. Art. 81 Abs. 4 Satz 1 und 2 BayHSchG).

Folgender Vorschlag einer Bayerischen Universität fand allgemeine Zustimmung:

Es sollte den Hochschulen die Möglichkeit eingeräumt werden, für bestimmte Studiengänge auch kürzere Überschreitungsfristen in den Prüfungsordnungen festsetzen zu können. Für Härtefälle sollte diese Prüfungsordnung eine Ausgleichsregelung vorsehen.

(Dieser Vorschlag kann nur im Rahmen einer Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes umgesetzt werden.)

5. Anreize für Studenten zu einem früheren Studienabschluß

Die Fachstudiendauer sollte auf Antrag des Studenten in das Abschluszertifikat aufgenommen werden. Die Zeit, in der ein Studium bewältigt wird, stellt ein Kriterium für die Leistungsfähigkeit des Absolventen dar. Allerdings bedarf es zur objektiven Beurteilung auch der Hinterfragung sonstiger Begleitumstände des Studiums, wozu bei beruflichen Bewerbungen Gelegenheit besteht.

Die Angabe der Fachstudiendauer im Zeugnis von Amts wegen wird nicht empfohlen.

Sondervergünstigungen beim Rücktritt von Prüfungen bzw. bei den Wiederholungsmöglichkeiten für Studenten, die zum Regeltermin antreten, werden nach der derzeitigen Gesetzeslage nicht empfohlen.

Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft verleiht Geldpreise an Hochschulabsolventen, die das Studium in der Regelstudienzeit und mit besonders guten Ergebnissen abgeschlossen haben. Das Ministerium wird bei verschiedenen Anlässen die Organisationen der Bayerischen Wirtschaft dazu ermuntern, in Zusammenarbeit mit den einschlägigen Fakultäten ähnliche Preise auszuloben und zu vergeben.

Stipendien für Doktoranden sollten unter Berücksichtigung der Studiendauer bis zum ersten berufsqualifizierenden Abschluß vergeben werden.

Karriere im Blickfeld

Heute planen und vorsorgen mit ZSH

- Bewerbungsstrategien
- Existenzgründungsberatung
- Vermögenswirksame Leistungen
- Private Krankenversicherung
- Altersversorgung
- Finanzierungskonzepte
- Betriebswirtschaftliche Analysen
- Absicherung des Betriebes
- Steuersparprogramme
- Baufinanzierungen, Bausparen

ZSH bietet unabhängige Entscheidungshilfe zur Optimierung Ihrer Berufsplanung. Diese Objektivität ermöglicht erst eine individuelle Versorgungsanalyse und die Ausarbeitung kostengünstiger Finanzierungssysteme.

Zech & Schneider - Helmholtz GmbH

Geschäftsstelle Erlangen
Ihre Ansprechpartner:
K. Eberwein, P. Koppe
Michael-Vogel-Str. 1 d
Tel.: 09131 / 26028

ZSH Leistung mit Sicherheit seit 1972
Termine bitte nur nach vorheriger telefonischer Anmeldung